

Haben wir aber nicht genügend Beispiele dafür, daß manche unserer früheren Kollegen, die wahre Engel von edler Bestimmung waren, durch ein Avancement zum Faktor oder gar Unternnehmer die besten Grundzüge ihrer Weisheitslehre verlegneten? Wir wollen also weniger Worte und mehr Thaten sehen, wenn man schon den Mund so voll nimmt.

Und nun wegen dieser eben angeführten Gründe die ganze Tarifgemeinschaft zu verwerfen, vermag ich nicht einzusehen. Ist man denn nicht bei oder nach jedem wirtschaftlichen Kampfe mehr oder weniger gezwungen, sich auf Unterhandlungen einzulassen und Vereinbarungen einzugehen, ganz gleich, welchen Namen dieselben dann führen?

Was ist nun eigentlich unsere Tarifgemeinschaft? Doch weiter nichts als das Resultat der bei den Verhandlungen vorherrschend gemessenen Verhältnisse. Und da insolge der vorgeschrittenen Zeit etwas Besseres in der Konjunktur eingetreten war, so ist eben ein für uns ungenügendes Ergebnis daraus entzungen.

Wenn wir uns nun wegen nichts und wieder nichts gegenjettig den Kopf wachen und persönlichen Streitigkeiten huldigen, statt die gemeinsamen Interessen behandeln, um die unlieblichen Erscheinungen, welche bei den verschiedenen Einrichtungen, wie Tarif-Amt, Arbeitsnachweis, Schiedsgericht usw., im Laufe der Zeit zu Tage treten, bei den nächsten Verhandlungen zu besichtigen, so wird auch vielleicht da wieder, insolge der durch die bestehenden Ursachen hervorgerufenen Verhältnisse, ein für uns ungenügendes Ergebnis erzielt werden, mit welchem man sich auch wird abfinden müssen, mag man wollen oder nicht. Jedenfalls aber wird es durch Negation, ziel- und planlose Bekämpfung dessen, was ist, nicht besser.

Dresden.

J. D.

Korrespondenzen.

* **Ansbach.** Als im Juli des vergangenen Jahres der 1896er Tarif zur Einführung gelangen sollte, versuchte auch die Mitgliedschaft Ansbach, vererint mit den Nichtmitgliedern, denselben zu erreichen. In einer Allgemeinen Versammlung am 29. November, in welcher Gausvorsteher Seig über die Einführung des Tarifs referierte, sollte nun das Interesse der Nichtmitglieder auf die Probe gestellt werden. Von 25 derselben, denen z. B. 35 bis 38 Mitglieder entgegenstanden, war aber nur ein einziger erschienen. In der darauffolgenden Woche wurde eine aus beiden Teilen zusammengesetzte Kommission bei Herrn Geschäftsführer Kraus (Firma Brügel & Sohn) vorstellig. Die Firma erklärte, nach Umfrage bei den Konkurrenzfirmen, der Einführung nicht abgeneigt zu sein. In einer Bekanntgabe seitens des Geschäftsführers wurde denn auch betont, daß ab 1. Februar der Tarifpreis um 2 Pf. erhöht werde. An eine Verkürzung der Arbeitszeit sei aber nicht zu denken, da die tariflichen Verhältnisse in den Konkurrenzstädten Nürnberg, Würzburg, Hildesheim, Erlangen usw. dies nicht zuließen. In dieser mündlich erfolgten Bekanntgabe wurde denn auch den „Heiden“ von 1891 das gebührende Lob zu teil und tonante dieselben daraus ersehen, wie sie in der Achtung der Geschäftsleitung gestiegen waren. Einige Wochen später richteten die Gewerkschafter eine Eingabe an die Firma um Erhöhung ihres Gehaltes, der Erhöhung der Grundpositionen entsprechend. Da dieselben aber alle zum, die meisten über Minimum entlohn waren, wurde nichts daraus. Darob großer Verdruß. — Da kam die Aufforderung des Zentral- resp. Gausvorstandes, die volle Einführung des Tarifs resp. die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit zu fordern. Wer aber glaubte, daß nach diesem Vorkommnisse einigermaßen eine Einigkeit herrschte, sollte sich gründlich getäuscht haben. Nach den durch den Gausvorstand herausgegebenen Direktiven wurde in einer Mitgliederversammlung ein solches Vorgehen bereits von sämtlichen Mitgliedern als Unsinn und wie die weiteren aufgezeichneten Ausdrücke, wie „Schwapsgrößen“ usw. lauten, dargestellt. In dieser Versammlung wurde ein Antrag des Kollegen Friedrich, dahin lautend, daß die Mitgliedschaft Ansbach ihre volle Schuldbiligkeit gethan habe und „vorkaufig“ (?) nicht mehr zu erreichen sei, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Vertrauensmann berichtete die Lage der Sache an den Gausvorstand, der nun der Mitgliedschaft Ansbach überließ, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Eine am Freitag, den 3. Dezember, wiederum abgehaltene Versammlung beschloß denn auch, eine Kommission zu wählen, die bei der Geschäftsleitung vorstellig werden sollte. Dieser wurde aber eine ablehnende Antwort in Betreff der neunzehnhalfstündigen Arbeitszeit zu teil; ja, es wurde ihr sogar bedeutet, daß an eine Besserung nicht mehr zu denken und daß bei weiterer Agitation für die Sache der „Sack“ für sämtliche Verbandsmitglieder zu erwarten sei, woraus nach Rücksprache mit dem Gausvorsteher denn auch 16 Mitglieder und 1 Nichtmitglied (Gutenbergsbändler) die Arbeit niederlegten. Es waren dies alles ledige Kollegen, während 9 verheiratete und 4 unverheiratete stehen blieben in der Hoffnung, daß diese ihre That für ihre langjährige Mitgliedschaft, wie im Jahr 1891, keine weiteren Folgen habe. In einer darauffolgenden Allgemeinen Bruderversammlung, am 10. Dezember, in der Herr Seig persönlich anwesend war, wurden sie aber durch diesen eines Besseren belehrt. Diese Belehrung fand jedoch keinen Anklang, indem sich keiner mehr zur Einreichung der Kündigung herbeiließ. Die ausstehenden

Mitglieder haben nun bereits den Antrag auf Ausschluß der Stehengebliebenen und Sperre sämtlicher Druckerereien am hiesigen Orte gestellt, da ja auch die beiden anderen Druckerereien den Tarif schriftlich anerkannt haben und auf der Liste der tariftreuen Druckerereien glänzen. In der einen Druckererei, Ed. Schütz, trat vorige Woche ebenfalls ein Kollege wieder aus, nachdem dort die Arbeitszeit auf 11 1/2 Stunden erhöht wurde. Die Druckererei von J. Beckner beschäftigt keinen Gehilfen. Dies der Sachverhalt der hiesigen Bewegung.

Berlin. Am 19. Dezember feierten die Kollegen der Boffischen Zeitung das fünfzigjährige Berufsjubiläum des Kollegen Johannes Reind unter Teilnahme der Chefs der Firma, der Redaktion und Expedition. Anwesend waren auch Vertreter des Vorstandes des Berliner Vereines und des Verbandsvorstandes. Die Feier gestaltete sich zu einer echt kollegialen, erste und heitere Ansprachen wechselten ab mit Gesangsvorträgen, wie mit dem Absingen von Chorliedern, aus welchen hervorging, daß der Jubilar in seinen jüngeren Jahren des „Banderns Lust“ gründlich gehabt hat; außer in Deutschland war er thätig in Paris und London, bis er 1874 bei der „Lante Bof“ landete.

Dresden. (Fortsetzung der Versammlung vom 20. November am 24. November.) Kollege Steinbrück, als Mitglied der Vorstandskommission, welche in der letzten Versammlung gewählt wurde, teilt im voraus mit, daß die Kommission leider nicht in der Lage sei, sehr zufriedenstellende Nachrichten zu überbringen, obgleich sie nicht müßig gewesen, die fragliche Angelegenheit in zufriedenstellender Weise zu erledigen. Es sei ja bekanntlich die Druckererei gesperrt worden, aber lediglich deshalb, weil die Firma Schönfeld Nichtveränderer unter Minimum gesucht habe. Den dort Ausständigen müsse er allerdings sagen, daß sie grobe Fehler begangen. Redner führt dieselben im Einzelnen, wie sie bereits mehrfach im Corr. erörtert, vor, und fährt dann fort: Bei der Verhandlung mit Schönfeld, welcher auch der Innungs-vorsitzende Seyffert beigezogen, habe sich Schönfeld sehr entrüstet darüber, daß man seine Druckererei gesperrt, daß dies ein der Kommission glaubwürdig nachgewiesen, daß dies ein Schreihändler der Annoncenexpedition „Invalldenbank“ und durch die Vertiefung des Auftrages natürlich in allen aufgegebenen Zeitungen falsch gewesen. Die Kommission sprach dagegen dem anwesenden Herrn Seyffert die gleiche Entrüstung betr. der schwarzen Liste gegen die Ausständigen aus, worauf derselbe erklärte, daß dies nur in Konsequenz des Vorgehens gegen die Firma (Sperre) derselben geschehen. Hebe man die Sperre auf, so verschwinde auch sofort die schwarze Liste. Da nun kein Grund zur Aufrechterhaltung der Sperre mehr vorhanden, habe man dieselbe aufgehoben. Seyffert mehr vorhanden, habe er in Leipzig gewesen sei, wo man teiltte noch mit, daß er in Leipzig gewesen sei, wo man ihm gesagt hätte, die ganze Angelegenheit sei wohl von Gehilfen Galschker Couleur entriert worden. Auch habe man dort eventuell die nötigen Kräfte zur Vermittlung stellen wollen, da in Leipzig genügend Konditionslose vorhanden. Als nun die Kommission verfuhr, Schönfeld zu veranlassen, die Kollegen wieder einzustellen und diese Arbeit auch entsprechend zu bezahlen, erklärte derselbe, daß er gerne bereit sei, nächstes Jahr einen höheren Lohn zu zahlen, doch für dieses Jahr wäre es ihm thatsächlich unmöglich. Er überzeuge die Kommission durch Vorlegen der Bücher, wie er dadurch, daß er das 1896er Adreßbuch berechnen lassen mußte, einen Schaden von gegen 4000 Mark gehabt habe. Diejenigen Kollegen, welche geneigt seien, wieder anzufangen, werde er, soweit noch Bedarf, wieder einstellen. Das Verweigern der Unterschrift habe die Innung zu einer Prinzipienfrage gemacht und die Entscheidung des Tarif-Amtes angerufen, welches entschieden, daß die Gehilfen verpflichtet seien, die Unterschrift zu geben, da es jedem Prinzipal unbenommen sein müsse, sich durch die Kontrolle aus von der Qualität der geleisteten Arbeit zu überzeugen. Der gleiche Entschluß ging auch den betr. Kollegen zu, welche es jedoch nicht der Mühe wert hielten, den Vorstand davon in Kenntnis zu setzen, wie man schon zuerst versäumt hat, dieselben gleich anzurufen und auch die Bekanntmachung des Tarif-Amtes vom 6. November: bei Tarifstreitigkeiten die Kreisvertreter, das Tarif-Amt oder die Schiedsgerichte zu benutzen, ignorierte. Man könne sich thatsächlich des Gehilfen nicht erwehren, als habe man nach einem gewissen Rezept gehandelt. Redner teilte noch mit, daß er in Berlin gewesen und den Zentralvorstand über diese Angelegenheit unterrichtet habe, welcher in einer Konferenz jedoch, wie die Angelegenheit lag, einer Maßregelung nicht zustimmen konnte. — Herr Vogt führte nochmals den ganzen Verlauf der Angelegenheit vor und suchte den Gausvorsteher Wendische für das Geschehene verantwortlich zu machen, da derselbe in der bewußten Sonntagsversammlung — in welcher man folgende Resolution faßte: Es ist wegen Rücknahme der erfolgten Kündigungen vorstellig zu werden und die Aufschrift der Namen zu verweigern; sollte eine Verhandlung nicht zu ergäben sein, so wird passiver Widerstand geleistet — allem zugestimmt habe. Lediglich wegen der Verweigerung der Aufschriften sei ihnen gekündigt worden und aus diesem Grunde bestimme man auf der Gemäßigtenunterstützung. Es scheint ihm jetzt, als wolle Gausvorsteher Wendische einen „Juridischer“ machen. Was man von „Galschker Couleur“ rede, sei lächerlich; daß man nichts mit Galsch zu thun habe, beweise doch wohl, daß noch keine Feile in der H.-B. geblieben habe. Was Herr Vogt nicht hinderte, sich einige Tage später, da

ihm eine nicht genügende Unterstützung zuteil wurde, reumütig in die Arme seines Vaters Galsch zu werfen und in einer von verbandsfreudiger Seite in Leipzig einberufenen Versammlung zu referieren. — Nun folgte eine Reihe Berichtigungen seitens des Herrn Vogt, weiter noch von Tschirch, Böhmisch, Steinbrück. — Kollege Baumelster führte aus, daß er den Kollegen, als er zufällig gleich zu Anfang Zeuge ihres Vorhabens wurde, geraten habe, unverzüglich dem Gausvorstande hiervon Mitteilung zu machen. Kollege Bubbe habe ihm dies auch versprochen, aber man habe dies trotzdem nicht gethan, sondern erst dann, als die Kündigung eines Kollegen erfolgt war. Redner ist der Ansicht, daß auf jeden Fall ein günstigeres Resultat in der Lohnfrage durch Intervention des Gausvorstandes erzielt worden wäre. — Kollege Risch kann nach den Ausführungen des Kollegen Steinbrück den letzten Passus seines in letzter Versammlung gestellten Antrages nicht aufrecht erhalten. Er erjudt, denselben zu streichen, den ersten Teil desselben aber anzunehmen. Er kritisiert dann noch die Äußerungen Seyfferts betr. der „Galschken Couleur“ sowie die Handhabung der Rednerliste. — Kollege Wendische legte nun in längerer Ausführungen den Verlauf der Sonntagsbruderversammlung dar. Es geht daraus hervor, daß das sogenannte „Empfehlen des passiven Widerstandes“ seitens des Redners eine taktische Notwendigkeit war, da sonst ein von einem Herrn Hörmich gestellter Antrag auf sofortige Niederlegung der Arbeit angenommen worden wäre. Bei seiner Ankunft seien die Gemüter schon so erregt gewesen, daß seine energische Bekämpfung dieses Antrages ohne jeglichen Erfolg gewesen sei, und um die Arbeitsunterbrechung zu vermeiden, habe er vorgeschlagen, nochmals in Unterhandlung mit Schönfeld zu treten. Hierauf sei ihm entgegen worden, daß derselbe ja nicht käme, und darauf hin erst hat Redner geäußert, daß man denselben dann dazu veranlassen müsse. Er habe jedoch jezt erfahren, daß der passive Widerstand schon jezt Montag geleistet wurde. Inbetreff der Verweigerung der Namensaufschrift habe er allerdings das Verweigern, entsprechend dem Organisationsbeschlusse seinerzeit, gutheißen müssen; man habe ihm aber nicht gesagt, daß man vorher die Aufschriften ohne Widerrede gegeben hatte. Wenn nun Herr Vogt behauptet, daß der Gausvorstand die Reisenden drücke, müsse er dies ganz entschieden zurückweisen, er sei auch dafür, daß die Reisenden Konditionen erhalten und habe diese seine Auffassung den Herren Schönfeld und Seyffert ganz entschieden dargelegt. Es gewinne den Anschein, als habe man ihn bloß zugezogen, um eine Person zu haben, welche man für die gemachten Fehler verantwortlich machen könne. — Kollege Schöber hat auch den Eindruck gewonnen, daß seitens der Kollegen bei ihrem Vorgehen schwere Fehler gemacht worden sind, beantragt aber, trotzdem denselben die Unterstützung bis Weihnachten (Dauer des Adreßbuches) zuzusprechen. — Kollege Riem erkennt auch an, daß man Fehler gemacht, sucht dieselben aber mehr auf der Seite des Gausvorstandes. Der Gausvorsteher habe das Verweigern der Aufschrift gutgeheißen, müßte man den Kollegen auch die Unterstützung zukommen lassen. Er halte es für unbillig, beim Fordern einer Lohnerhöhung den Gausvorstand zuzugreifen. — Kollege Richter er wendet sich gegen diese Ausführungen und rügt in scharfen Worten das Gebahren der Ausständigen in der letzten Versammlung. — Kollege Goll findet es sehr traurig, wenn man bei der geringlichen Kleinigkeit nach der Gemäßigtenunterstützung schreit. Er habe über die Pflichten eines Verbandsmitgliedes eine andre Auffassung als diese Herren. Obwohl er schon öfters und bei bedeutend ernstern Fällen in Aktion getreten, sei es ihm nie eingefallen, die Maßregelungsunterstützung zu verlangen, sondern er sei einfach seiner Wege gegangen. Kollegen gegenüber, die sich verbellassen, einen solchen Revers zu unterschreiben, habe er keine besonders hohe Achtung. — Herr Blante meint: Höre man Wendische, so habe dieser, höre man die Ausständigen, jene Recht. Des Debatierens sei es nun genug. Das Hemmende an einem erfolgreichen Vorgehen erlieht er in der Tarifgemeinschaft. Er bittet um Annahme des Antrages Risch. — Kollege Wittner geht in seinen Ausführungen auf die Äußerung des Kollegen Riem ein und erklärt, daß in einem solchen Falle der Vorstand wohl zugezogen werden müsse. Nachdem der Schluß der Debatte beantragt und angenommen war, bittet Kollege Steinbrück, seinem der Anträge auf Gemäßigtenunterstützung zuzustimmen, da der Zentralvorstand diese im vornherein abgelehnt, eine Annahme diesbezüglicher Anträge also zwecklos sei. Er gebe aber namens des Vorstandes die Erklärung ab, daß die Kollegen in anderer Weise unterstützt würden, man möge das Vertrauen in den Vorstand setzen. Da nur noch der Antrag des Kollegen Risch, zu dessen Gunsten alle anderen zurückgezogen, vorliegt, so erklärt Kollege Risch, daß er unter der Bedingung, daß den Kollegen eine Unterstützung, wie Kollege Steinbrück berichtet habe, zu teil würde, seinen Antrag zurückziehe. Hierauf Schluß der Versammlung.

w. Giesfeld. Die am Sonntag, den 28. November, in Solingen abgehaltene Bezirksversammlung beschäftigte sich u. a. mit der Tarifanerkennung seitens der Firma F. W. Vossen in Bald. Genannte Firma hat sich am 17. vor. Wts. bewogen gefühlt, zur Abwechslung wieder einmal den allgemeinen deutschen Buchdrucker tarif „schriftlich“ anzuerkennen, trotzdem dieselbe sich auch unter den rheinisch-westfälischen Sonderarif, welcher

betanlich am verflohenen 1. Oktober eingeführt werden sollte, als „Ausdruck“ zeichnenden Firmen befindet. Die Firma B. kam nach mehrmaligen vergeblichen Annoncieren im „Klimischen“, wo dieselbe die bekannte Marke N. B. suchte, auf den großartigen Gebanten, neben dem rheinisch-westfälischen Sonderlaß auch den allgemeinen deutschen Tarif einzuführen, um auf diese Weise — die Firma ist nämlich mit Arbeiten losfallig überhäuft — Gesellen zu „angeln“, was ihr leider auch gelungen ist. Denn unser Gauvorstand hatte nach Eingang des Anerkennungs-Schreibens nichts eiligeres zu thun, als sofort einige Kollegen in die neue „tariffreie“ Druckeret zu schicken, trotzdem die Buchdruckeret H. W. Boffen schon seit längerer Zeit für Vereinsmitglider gesperrt ist! Der Gauvorstand hielt es für überflüssig, sich vorher mit dem Bezirksvorstand in Verbindung zu setzen, sondern machte denselben nachher davon Mitteilung. Die Versammlung beschloß nach längerer Debatte, beim Tarif-Anteil gegen die Anerkennung der Firma als „tariffrei“ Protest zu erheben und die Druckeret nach wie vor für Vereinsmitglider gesperrt zu halten. — Von der Aufstellung eines Kandidaten für den Gauverwalterposten nahm die Versammlung Abstand; gerügt wurde jedoch, daß durch die kurze Frist, welche der Gauvorstand in letzter Zeit bei Abittimmungen usw. festsetzt, es den Mitgliedschaften vielfach unmöglich gemacht wird, in Versammlungen Stellung zu nehmen; es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dies in Zukunft anders gehandhabt werde.

Frankfurt a. M. (Oeffentliche Drucker- und Maschinenmeister-Versammlung vom 5. Dezember.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Eckhardt wieder verschiedene Anmerkungen bekannt. Sodann hielt Herr Werkmeister Schwinn einen interessanten Vortrag über die Rotationsmaschine und deren Behandlung, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Amerslett wurde bedauert, daß sich leider kein Rotationsmeister von der Frankf. Zeitung sowohl wie vom General-Anzeiger, von denen einige Verbandsmitglider sind, eingefunden hatte. Jedenfalls halten es diese Herren nicht für nötig, ob ihrer bessern Bezahlung das Wohl der Gesamtsolidarität fördern zu helfen. Kollege Schmidt wünschte, daß in Zukunft der Besuch der Versammlungen ein regerer werden möge, um auch wissenschaftliche Vorträge arrangieren zu können. Auch sei es die Pflicht eines jeden Kollegen, mitzuarbeiten, um den in Halle gefassten Beschlüssen auch hier gerecht zu werden, umso mehr, da Frankfurt die größten Mischstände von allen Großstädten aufweise und das Tageslohnwesen immer mehr um sich greife. Eine rege Debatte entspann sich ferner über die Verwendung von Nichtbuchdruckern an Rotationsmaschinen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 5. Dezember abgehaltene Drucker- und Maschinenmeister-Versammlung beauftragt den Vorstand, an die Maschinenfabriken eine Eingabe zu richten, nach Möglichkeit darauf zu sehen, bei Aufstellung von Rotationsmaschinen nur gelehrte Maschinenmeister zu verwenden. Es liegt dieses im Interesse der gelehrten Maschinenmeister sowohl wie auch hauptsächlich im Interesse der Fabrikanten, da der gelehrte Maschinenmeister doch mit der Technik der Maschine vertraut ist. Außerdem wurde gutgeheißen, auch eine Eingabe an die Berufsgenossenschaft zu richten und auf die hohen Gefahren aufmerksam zu machen, welche ein Betrieb mit Nichtschleutern mit sich bringe. — Auf unerklärliche Weise ist der Bericht über das Referat des Kongresses verloren gegangen (die Redaktion des Corr. hat keinen diesbezüglichen Bericht erhalten) und sei hier kurz nachgetragen, daß Kollege Eckhardt sich seiner Aufgabe in besserer Weise entledigte.

Sch-m. Hamburg. Nach etwa viermonatlicher Dauer fand am Montag, den 6. Dezember, im Harmonia-Gesellschaftshaus wieder eine Vereinsversammlung statt. Nachdem vom Schriftführer das Protokoll der letzten außerordentlichen Generalversammlung vom 8. August dieses Jahres verlesen und vom Vorsitzenden für genehmigt erklärt worden war, gab derselbe den Anwesenden unter Vereinsmitteilungen bekannt, daß der Mitgliedsstand zur Zeit 1128 Kollegen beträgt. Neu eingetreten 33, wieder eingetreten 10, zugereist 69, vom Militär 20, abgereist 60, zum Militär 17, gestorben die Kollegen Lorenzen, Seyffert, Bogt, Israel und Rose, die beiden letztgenannten Invaliden. Im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung erklärte der Vorsitzende, daß, sobald irgendwelche, natürlich wahrheitsgetreue und substantiierte Besuche in Bezug auf die vom Bundesrat erlassene Bekanntmachung, betreffend Arbeiterschutzbestimmungen in Buchdruckereten und Schriftgießereien, an ihn gelangen, derselbe zwecks Abstellung der ihm mitgeteilten Thatsachen sich an zuständige Stelle verwenden würde, da ihm seitens des Herrn Fabrikinspektors möglichste Unterstützung zugesichert sei, ohne dadurch den Einzelnen zu exponieren. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung hatte Herr Dr. med. Hirschfeld-Hamburg in anerkennenswerter Weise ein Referat übernommen, welches für alle im Buchdruckergewerbe Beschäftigten gewiß das denkbar größte Interesse haben dürfte, nämlich: „Warum ist der gesetzliche Schutz im Buchdruckergewerbe nötig?“ Das Referat wird im Correspondenten veröffentlicht. Welche Aufmerksamkeit dem Referenten seitens seines etwa 160 bis 180 Personen zählenden Auditoriums zu Teil wurde, beweisen nicht nur der reiche Beifall, sondern auch vielfach aus dem Hörerkreis an den Referenten gestellte Anfragen, die seinerseits eingehend behandelt wurden. Zum dritten Punkte der Tagesordnung, nachträgliche Bewilligung von 500

Mark für die englischen Maschinenbauer, wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Vorstand in Anbetracht dessen, daß der wirtschaftliche Kampf der Maschinenbauer in England sich als ein Nitzgen für wirkliche Gewerkschaftsprinzipien darstelle, die Bewilligung von 500 Mark für nötig erachte, sich aber trotzdem in Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse des Vereins nach dieser Richtung hin eine gewisse Reserve auflegen müsse, er würde aber die Absendung weiterer Mittel beim Zentralvorstande befürworten. Dieser Antrag wurde genehmigt, ebenso die bereits erfolgte Ueberweisung von 500 Mark. Zum wieder aufgenommenen ersten Punkte der Tagesordnung entstand hinsichtlich der Vereinsbibliothek eine längere Diskussion, aus der hervorging, daß sich aus der Provis ergeben habe, im Interesse einer geeigneteren Geschäftsführung in der Bibliothek zu der früheren Einrichtung zurückzukehren, den Bibliothekaren Assistenten beizugeben, welche sich, ohne deshalb das Statut abändern zu müssen, ermöglichen ließe. Nachdem seitens einzelner Mitglider Wünsche auf Wiedereinführung des Wochenzettels usw. vorgetragen worden, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch eines regeren Besuches des Vereinslokals beim des Bibliothekszimmers seitens der Mitglider die Versammlung.

Heilbronn. Um der Kollegenschaft im Allgemeinen von den in unserer schönen, Ritterschloß herrschenden Zuständen im Buchdruckergewerbe Aufschluß zu geben, wollen wir hiermit auf die Vorkommnisse in letzter Zeit näher eingehen. Wenn auch in fast allen hiesigen Druckereten der Tarif Eingang gefunden und unterstichlich anerkannt worden ist, so bleiben immer einige Kunststempel bestehen, in welchen noch viel zu wünschen übrig bleibt. In erster Linie ist dies die Buchdruckeret der Kommanditgesellschaft Carl Rembold & Co., mit welcher wir uns in diesem Bericht in der Hauptsache zu beschäftigen haben. Herr Rembold, in früheren Jahren ein sehr eifriges Mitglied unserer Organisation und ehemals Vertrauensmann der hiesigen Mitgliedschaft, der damals für das ihm jetzt verhängte Verbandsprinzip stets einzutreten gewillt war, hatte in einer Sitzung von Stuttgartar Prinzipalen, zu der er und ein anderer Provinz-Prinzipal geladen war, die Erklärung und das Versprechen gegeben, dafür zu sorgen, daß in Heilbronn der Tarif zur Einführung komme. Er trat mit den hiesigen Prinzipalen wohl in Verbindung, nachdem diese aber nicht geneigt waren, den in Stuttgart ausgesprochenen Wünschen nachzukommen, sah auch Rembold sich nicht veranlaßt, den Tarif in seinem Geschäft einzuführen. Im September 1896 wurde auch in genannter Druckeret versucht, den Tarif zur Einführung zu bringen, doch zog es Herr Rembold vor, zwölf tüchtige Seper (Mitglieder und Nichtmitglieder) ob ihrer Kühnheit, tarifliche Verhältnisse zu fordern, von bannen ziehen zu lassen, um sich „Kräfte“ zu beschaffen, denen das „Wort“ der Organisation noch nichts angethan hatte. Ende Juli d. J. sah er sich aber doch genötigt einzugestehen, daß er tüchtige Kräfte „leider“ aus den Reihen des Verbandes holen müsse, und mit dem Engagement von Mitgliedern begann auch sofort die Agitation für die Organisation, was Rembold veranlaßte, seine Nichtmitglieder darauf hinzuweisen, daß er sie sofort entlassen werde, wenn sie dem Verbands betreten würden. Diese Drohung fruchtete aber nichts, worauf Rembold diesen Kollegen gegenüber die Kündigung eintraten ließ. Die Mitgliedschaft ließ sich eine derartige Beschränkung des Koalitionsrechtes nicht gefallen und nahm zunächst in einer Versammlung hierzu Stellung, der auch Gauvorsteher Schröder aus Stuttgart betwohnte, welcher andern Tages mit Rembold persönlich verhandelte, wobei letzterer nachzugeben versprach. Die Mitgliedschaft verlangte auf Grund dieser Erklärung die schriftliche Anerkennung des Tariffs und wählte eine Kommission, welche an Rembold dieses Verlangen zu stellen hatte. Als die Kommission, bestehend aus einem Gehilfen der Rembold'schen Offizin und dem Vertrauensmann der Mitgliedschaft, vorstellig werden wollte, wies Rembold letztern die Thür unter Drohung mit der Staatsanwaltschaft wegen Hausfriedensbruchs; dem Kommissionsmitglied aber erklärte Rembold kurz: Der Tarif werde nicht unterschrieben. Es kam nun am 4. September d. J. zum ernstlichen Konflikt, wobei 14 Seper die Arbeit niederlegten. Das als Einigungsamt angerufene Gewerbegericht vermittelte einen Vergleich, laut welchem Rembold die erlassenen Kündigungen zum Teile zurücknahm und sich protokolllarisch verpflichtete, den Tarif voll und ganz zu bezahlen, dagegen in Bezug auf die Arbeitszeit sich vorbehielt, dieselbe wesentlich anfangs auf 54 auf 55 Stunden auszubehnden. Der Vergleich kam zu stand im Beisein des Gauverwalters Knie, welcher sich nebst zwei Gehilfen der Druckeret Rembold erst dann entschließen konnte, mit dem Ergebnisse zufrieden zu sein, als Rembold außer her im Protokoll niedergeschriebenen Erklärung noch mündlich vor dem Aktuar verbindliche Zusicherungen machte. Die Gehilfen glaubten, daß Rembold jetzt Wort halten werde, da er vor dem Gewerbegericht auch forderte, daß von dem Konflikt nichts in die Öffentlichkeit kommen solle, damit sein Geschäft keinen Schaden erleide, was der Fall sein dürfte, wenn es bekannt werde, daß er innerhalb Jahresfrist zum zweiten Male mit seinem Seperpersonale das Gewerbegericht in Anspruch genommen habe. Die Gehilfen mußten nun aber sehr bald einsehen, daß es Rembold mit seinen Versprechungen nicht Ernst war. Nicht nur, daß er weder den zum Teil unter Wintum entlohten Gehilfen daselbst auszahlte, suchte er auch den im Berechnen stehenden Mit-

gliedern so viel wie möglich an ihren Rechnungen zu streichen. Am 20. November fand hier eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher der Gehilfenvertreter des Kreises IV, Herr Karl Knie aus Stuttgart, über die Lage im Buchdruckergewerbe referierte. An der anschließenden Diskussion, in welcher die lokalen Verhältnisse geschildert wurden, beteiligte sich auch der Druckeretassistent der Rembold'schen Offizin und führte der Versammlung die Zustände in diesem Geschäft vor Augen. Am darauffolgenden Montag erhielt derselbe als Vorkangabe die Kündigung, welche er aber zurück und Herrn Rembold auf den gesetzlichen Kündigungstag verwies. Die Gehilfen erklärten sich nun solidarisch, und als am Samstag dem genannten Seper sowie noch zwei weiteren Kollegen gekündigt wurde, kündigten auch die anderen noch im Geschäft befindlichen Mitglider, nachdem im Laufe der Woche fünf (Mitglieder und Nichtmitglieder) freiwillig abgereist waren, zwei aber zufolge Gewerbegerichts-Urteils bei Rembold (unter Ausbezahlung des vollen 14-tägigen Lohnes) nicht mehr weiter zu arbeiten nötig hatten. Rembold gab als Grund der Kündigung an, daß er von seinen Gehilfen vor dem Gewerbegericht ausgelacht worden sei. Bei dieser Verhandlung konnte man allerdings aus dem Munde des Gerichtsvorsitzenden hören, daß Herr Rembold ständiger Kunde des Gewerbegerichts sei und daß er nicht glauben dürfe, die Arbeiter seien Sklaven, mit denen er beginnen könne was er wolle; er sei ein eigenfinniger Mann, der sich nicht belehren lasse und freis alles besser wissen wolle. Dies und noch mehr zu hören, konnte Rembold seinen in der Sitzung anwesenden Gehilfen allerdings nicht ungestraft hingehen lassen. Nach erfolgter Kündigung erließ die Mitgliedschaft in den hiesigen Zeitungen sowie im Klimischen Anzeiger ein Inserat, in welchem auf den zum dritten Mal in fünfjähriger Jahren ausgebrochenen Konflikt hingewiesen wurde. Am nächsten Tages brachte Rembold als Erklärung eine Anzeige unter dem Titel „Zur Steuer der Wahrheit“, welche „Wahrheit“ ihm durch ein weiteres Inserat seitens der Mitgliedschaft widerlegt wurde. Rembold blieb hierauf die Antwort schuldig, aber sein übriges Personal bestätigte in einer „freiwilligen“ Erklärung, daß es noch niemals Lohnstreitigkeiten in „seiner“ Druckeret gegeben hätte. Diese Erklärung war von sechs Getreuen unterzeichnet, welche die fünf übrigen Seper als unzufriedene zu denunzieren suchten. Diese letzteren erstehen nun wieder ein Inserat, in welchem sie die Herren „Abteilungscheffs“ tennzeichnen und die hiesige Einwohnerchaft von dem Zustandekommen der im Geschäft aufstehenden Ergebnisse abstrahieren unterrichten. Die vereinigten Gewerkschaften bestanden sich nunmehr auch mit der Rembold'schen Affaire, es fand deshalb am 4. Dezember eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Gauvorsteher Schröder aus Stuttgart referierte, wobei die Zustände bei Rembold öffentlich besprochen wurden. Es wurde eine Resolution eingebracht, welche eine längere Diskussion zeitigte. Einige Redner sprachen sich dahin aus, in der Resolution aufzunehmen, die am Plage befindliche Beisitzerin G. H. Knorr, Konferenzfabrik, deren Prokuristen als Kommanditäre an der Rembold'schen Druckeret beteiligt sind und welche Firma der beste Kunde des Herrn Carl Rembold & Co. ist, zu veranlassen, dahin zu wirken, daß in besagter Druckeret der 1896er Tarif zur Einführung gelange. Man glaubte sich um so mehr dazu berechtigt, als die Produkte dieser Nahrungsmittelfabrik zumest von Arbeiter n konsumiert werden und deshalb als Veranlassung gegeben sei, daß die gesamte Arbeiterschaft zu der fristigen Frage Stellung nehme. Die einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und bringt den Gemäßigten der Rembold'schen Druckeret ihre volle Sympathie entgegen, während sie die Rembold'sche Handlungsweise mit Enttüstung verurteilt.“ Am 11. Dezember haben nun die noch übrigen Mitglider den Staub des Rembold'schen Kunststempels von den Füßen geschüttelt und ist die Offizin durch Gauvorstandsbeschluss für Verbandsmitglider gesperrt. Zum Schluß müssen wir leider noch anführen, daß am Tage der Kündigung ein Mitglid eingestellt worden war, das wegen des von Rembold gegebenen Versprechens auf dauernde Kondition (die in den letzten 12 Wochen gegangenen 24 Seper hatten alle dauernde Kondition von 3 Tagen bis einige Wochen) sich nicht überzeugen ließ, daß jenes Weibens kaum lange Zeit werde; dasselbe ließ sich deshalb nach demwöhriger Mitgliedschaft stieber anschließen, als sich den Kollegen anzuschließen. Auch einige weitere „Kräfte“ haben sich bereits gefunden, welche der Buchdruckeret des Herrn Carl Rembold nunmehr alle Ehre machen und diesem die längst ersehnte Ruhe gestatten werden.

Gildesheim. Wie schon aus der Bekanntmachung in Nr. 143 des Correspondenten zu ersehen, ist hier ein Tarifkonflikt ausgebrochen, und zwar in der Offizin des Gildesheimer Kuriers (Eigentümer R. v. Wippen). Um eine klare Uebersicht zu gewinnen, sehen wir uns veranlaßt, auf die Vorgeschichte dieses Konfliktes näher einzugehen. Am 4. Dezember wurde in der an diesem Tage abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins beschloffen, überall da, wo der 96er Tarif nicht vollständig durchgeführt ist, diesbezüglich vorstellig zu werden. Da die Buchdruckeret des Gildesheimer Kuriers von jeher das Schmerzenskind in tariflicher Beziehung war, so sahen sich die dortigen Kollegen veranlaßt, diesbezüglich vorstellig zu werden, umso mehr, da dort in der letzten

Zeit die Verbandsmitglieder in der Mehrheit waren. Es wurden in diesem Geschäft 14 Gehilfen beschäftigt, darunter 9 Mitglieder. Am Montag, den 6. Dezember, wurde eine Druckerberufung abgehalten, der auch die eingeladenen Nichtmitglieder beiwohnten. Gelegentlich der Besprechung über die dort herrschenden Mißstände wurde eine Petition einzureichen beschlossen mit der höchsten Bitte um Bewilligung folgender Wünsche: 1. Zahlung der Ueberstunden nach dem Tarif (es wurden bisher für Gehilfsgehälter 40 Pfennig, für die Berechnungen der Aufsicht nicht bezahlt); 2. Auszahlung des Lohnes während der Arbeitszeit (öfters kam es vor, daß eine Stunde gemartet werden mußte); 3. schriftliche Anerkennung des Tarifes. Mit diesen Forderungen waren sämtliche Anwesenden einverstanden und wählten einen Vertrauensmann, um dieselben dem Prinzipale zu überreichen und im Namen der Kollegen in event. Verhandlungen zu treten. Nach Schluß dieser Versammlung wurde von unserm Vertrauensmanne der Appell an die erkrankten Nichtmitglieder gerichtet, sich in den Verband aufnehmen zu lassen, denn sie auch nachkommen. Am Mittwoch wurde diese Petition dem Prinzipal überreicht und um Antwort gebeten. Am Mittwoch Abend ließ sich der Prinzipal mit dem Vertrauensmann in Verhandlungen ein, in welchen er sich Anfangs ganz ablehnend verhielt, im Laufe der Verhandlung aber die Erklärung abgab, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Da der Prinzipal inzwischen erfährt, daß alle Gehilfen im Verbands sind, wollte er in Einzelverhandlungen eintreten, in denen er ihnen die Alternativen stellte: „Entweder aus dem Verband und zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten oder aus der Bude raus.“ Auf Einzelverhandlungen ließen sich die Gehilfen jedoch nicht ein. Daraufhin ließ sich Herr von Wipleben auf neue mit dem Vertrauensmann in Verhandlungen ein, welche das Resultat zettigten: Ueberstunden werden nach dem Tarife bezahlt, die schriftliche Anerkennung des Tarifs wird verweigert, Maßregelungen werden bis zum 1. April 1898 nicht stattfinden, wegen der Verbandszugehörigkeit wird den Gehilfen nichts in den Weg gelegt. Herr von Wipleben befehlt sich aber folgende Rechte vor: Bei Neueinstellungen nur Nichtverwandter zu berücksichtigen, den Gehilfen bei einem event. „Vergehen“ schon vor dem 1. April zu kündigen; bei Sperrern mit minimalen Leistungen die Entlohnung nach Ermessen zu regeln. Am Freitag wurde wieder eine Druckerberufung einberufen, in welcher auch der Vorstand anwesend war. Der Bericht des Vertrauensmannes wurde von der Versammlung wegen seiner unwürdigen Klauseln mit Entrüstung abgelehnt und folgende Punkte als Mindestforderung aufgestellt: 1. den Tarif seinem Personale gegenüber schriftlich anzuerkennen; 2. das Koalitionsrecht zu gewährleisten; 3. vor dem 1. Juli 1898 keine Maßregelungen eintreten zu lassen. Bei Arbeitsmangel ist immer der zuletzt Eingestellte zu kündigen. Diese Forderung wurde Sonnabend früh dem Prinzipale mitgeteilt, der sie aber rundweg abschlug; daraufhin sahen sich die Kollegen veranlaßt, ihre Kündigung sofort einzureichen und während der Kündigungszeit die Ueberstunden zu verweigern. Im Laufe des Tages wurden von dem Prinzipale folgende Konfessionen gemacht: 1. den 90er Tarif einzuführen; 2. daß Maßregelungen überhaupt nicht stattfinden, 3. daß bei Arbeitsmangel der zuletzt eingestellte Gehilfe zuerst entlassen wird; 4. daß künftig bei Einstellung eines Gehilfen die Verbandszugehörigkeit nicht in Betracht gezogen wird. Auf diese Zugeständnisse wollte er sich ehrenwörtlich verpflichten. Das Personal acceptierte dies in einer neuerdings einberufenen Druckerberufung, zu welcher auch der Vorstand seine Zustimmung gab. Dieser Beschluß wurde noch Sonntags dem Prinzipale brieflich mitgeteilt. Nun glaubte man, daß hiermit der Konflikt beigelegt sei. Es sollte aber anders kommen! Als am Montag sich die Gehilfen zur Arbeit versammelt hatten, wurden sie vom Chef dahin belehrt, daß es eigentlich eine Frechheit sei, von ihm zur Sicherheit seines Verprechens das Ehrenwort zu verlangen. Der friedliebende Charakter des Herrn von Wipleben befähigte sich darin, daß er vier Seiger, darunter den Vertrauensmann, sofort entließ, indeß die Uebrigen ihre Kündigung sofort erhielten. Bemerkte sei noch, daß Herr von Wipleben am Nachmittage in einem Extra-Blatte seiner Zeitung bekannt gab, daß der Streik selbst von Jaune gebrochen sei und die Leser um Rücksicht wegen sehr verspäteten Erscheinens der Zeitung gebeten würden. Ein jeder Kollege wird wohl nach vorstehender gedrängter Darlegung des Sachverhaltes deutlich erkennen, auf welcher Seite die Schuld liegt, daß es zum härtesten kommen mußte, denn die besten tarifstreuen Firmen haben anstandslos unsere Erweiterung auf obig angeführtes Pamphlet in ihren Zeitungen aufgenommen, jedenfalls ein Beweis dafür, daß wir im Rechte waren. Bis jetzt haben sich 2 „Kaufpreiser“ gefunden. Jeder Kollege wird nun auch wissen, was er von dieser Firma zu halten hat.

r. Verzug. Eine Außerordentliche Mitglieder-(General-)Versammlung fand am Freitag, den 10. Dezember, im Saale der Grünen Schenke zu Leipzig-Anger statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Beschlußfassung über Abänderung des Statuts (event. Wiedererwerb der genossenschaftlichen Rechte); 2. Beschlußfassung über Verkauf eines Grundstückes; 3. Bewilligung einer Weihnachtunterstützung an arbeitslose und drohende Mitglieder. Zum ersten Punkte war der Versammlung ein

Statutentwurf vorgelegt, der in allen wesentlichen Punkten dem jetzt geltenden Statut entspricht. Der Vorsitzende Eichler legte der Versammlung die Gründe dar, die den Vorstand bewogen haben, die Eintragung des Vereins in das Genossenschaftsregister in die Wege zu leiten. Unter der heutigen Fassung des Statuts sei es fast unmöglich, die beabsichtigte Erwerbung eines Hauses vorzunehmen. Das Eigentumsrecht müßte auf eine Person übertragen werden und das sei bei einem Wechsel der betreffenden Vorstandspersonen stets mit hohen Kosten verknüpft. In der sich anschließenden kurzen Debatte wurden Bedenken gegen die Eintragung nicht erhoben und danach das Statut gegen 3 Stimmen en bloc angenommen. — Beim zweiten Punkt, Verkauf eines Grundstückes, gab der Vorsitzende nochmals eine spezielle Aufreicherung über den Mietvertrag und die sonstigen Verhältnisse des vom Vorstände zum Verkauf empfohlenen Gebäudes. In der sich anschließenden längeren Debatte, in der prinzipielle Einwände nicht erhoben wurden, wurde behauptet, daß die Ausführungen des Vorstandes zu rasig seien und das betreffende Grundstück unseren Anforderungen nicht genügen würde. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages mit 211 gegen 191 Stimmen. So wäre denn dieses Projekt, das, aus der Mitte der Versammlung aufgetaucht, dem Vorstände viel Arbeit verursacht hat, sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden. Doch wird die Arbeit nicht umsonst getan sein, denn die Anhänger dieser Idee werden nach einer solchen „Niederlage“ wohl den Mut nicht verlieren. — Der letzte Punkt der Tagesordnung erledigte sich dadurch, daß der Vorstand beantragt wurde, die Konditionslofen und Reisenden zu Weihnachten wieder wie im Vorjahre zu unterstützen.

München. (Zur Generalversammlung des Ortsvereins.) Nachdem sich die letzte Mitgliederversammlung im Prinzip für die Errichtung eines Arbeitersekretariats ausgesprochen hat, erübrigt es sich noch, darauf hinzuweisen, daß die im Januar n. J. stattfindende Generalversammlung auch die Mittel für diese Institution bewilligen muß. Wie früher schon angedeutet, beträgt der auf unsere Gewerkschaft entfallende Beitrag pro Jahr 1100 Mk. Der Kassierer Jölsch hat jedoch nachgewiesen, daß eine Zahlung dieser Summe aus dem Säckel des Vereins aus finanziellen Gründen unmöglich ist und nur der eine Ausweg übrig bleibe, den Beitrag durch eine Steuererhöhung herinzubringen. Bei richtiger Würdigung aller ausschlaggebenden Momente wird die Aufbringung der Mittel für das Sekretariat durch eine wöchentliche Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Mitglied der zweckmäßigste Weg sein, um nicht nur allein den auf das Sekretariat entfallenden Betrag zahlen zu können, sondern auch noch andere Wohlthaten, welche unseren konditionslosen Kollegen zu gute kommen sollen, mit dieser Summe zu stützen. Die 5 Pf. würden pro Jahr eine Mehreinnahme von etwa 2250 Mk. ergeben, es verblieben somit, abzüglich der 1100 Mk. für das Sekretariat, für Unterstützungs-zwecke 1150 Mk. zur Verfügung. Für die Konditionslofen könnten wir die Krankenkassenbeiträge zur Ostfasse V im ungefähren Betrage von 400 Mk. leisten; es verblieben immer noch etwa 700 Mk., welche als Mehrausgabe für die Bezugsberechtigten durch eine Herabsetzung der Karenzfrist von 50 auf vielleicht 26 Wochen zu berechnen wäre. Die Mitglieder ersehen hieraus, daß durch eine geringfügige Steuererhöhung von 5 Pf. ungemein viel Gutes geschaffen werden kann, wenn nur der gute Wille vorhanden ist, für diejenige etwas zu thun, welche dem harten Schicksale der Arbeitslosigkeit anheimgefallen sind. Denken wir daran, daß bereits der eiserne Kollege in einer hiesigen Zeitungsdruckerie seinen Einzug in zwei Exemplaren gehalten hat und halten wir uns vor Augen, daß dieser Geselle noch anderwärts sein Domizil aufschlagen wird, so werden wir mit unabwiesbarer Notwendigkeit zu der Frage gedrängt: Wie mildern wir die Wirrungen der Verdammung d'r Handseiber durch den Maschinenpaß? Wir haben die Pflicht, allen Erscheinungen auf barem Gebiete unsere ganze Aufmerksamkeit zu widmen und wären Thoren, wenn wir die Augen vor Thatsachen verschließen. — Noch mit einer anderen Angelegenheit müßte sich die nächste Generalversammlung befassen, deren sachgemäße Erledigung und Durchführung in jedem Betracht einen Fortschritt involviert, nämlich mit der Uebernahme des Wahlmodus zum Ortsaus-schuss. Unser Ortsverein kann bei seinen nahezu 1000 Mitgliedern für die Zukunft einen Wahlmodus nicht mehr beibehalten, in welchem hundert von Mitgliedern die Möglichkeit genommen wird, ihr vornehmstes Recht, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Wahl des Ortsauschusses findet in einem Lokale statt, das höchstens 300 Personen Raum gewährt, mehrere hundert Kollegen arbeiten in den Zeitungsdruckerien, denen der Besuch durch Nachtarbeit, Journe usw. unmöglich gemacht wird. Eine Menge Kollegen haben wir, und namenlich sind es die älteren und erfahreneren, welche unsere Versammlungen, angewidert durch die letzten Ereignisse, überhaupt nicht mehr besuchen. Und zuguterletzt werden in unseren Mitgliederversammlungen durch lange Debatten usw. an Ausschuss und Mitglieder Anforderungen gestellt, welche das gewöhnliche Maß physischer Kräfte übersteigen. Wir fordern, daß jeder seine Pflicht thue, wir wollen aber auch dafür sorgen, daß kein Kollege an der Ausübung seines vornehmsten Rechtes, den Mann seines Vertrauens zur Führung der Vereinsgeschäfte zu wählen, aus kleinlichen Gründen behindert wird.

Weg mit dem bisherigen Wahlmodus, her mit der Urabstimmung! Auch den gewählten Kollegen muß es ein Gefühl der Berufung sein, wenn sie wissen, daß so und so viele Kollegen hinter ihren Handlungen stehen. Mit demselben Rechte, mit welchem der Gauauschuss per Urabstimmung durch Münchener Mitglieder gewählt wird, mit dem gleichen Rechte kann auch der Ortsauschuss verlangen, durch die Gesamtheit der Mitgliedschaft gewählt zu werden und nicht durch eine Versammlung, welche sich höchstens aus 200 Personen zusammensetzt, während in München etwa 930 Mitglieder arbeiten. Die Münchener Kollegen mögen in der nächsten Generalversammlung durch zahlreichen Besuch dafür sorgen, daß dem Fortschritte die Thüre geöffnet und auch für die Zukunft eine erprießliche gewerkschaftliche Thätigkeit entfaltete werden kann. D. May

München. (Erwiderung.) Meine kurze Berichtigung im Corr. Nr. 137 veranlaßte Herrn Ortsvorsitzenden Widenmann zu einer durch Sachlichkeit nicht getriebenen Erwiderung, in deren Verlauf er zu dem Schlusse kommt, daß ich meinen ihm gemachten Vorwurf der wesentlichen Lüge zurückzunehmen habe oder er werde mir Gelegenheit geben, diesen Vorwurf an anderer Stelle zu beweisen. Herr Widenmann mag thun, was er nicht lassen kann, für die Kollegschaft und insbesondere die Mitglieder des bayerischen Gaus, die mit den Vorkommnissen in München nicht so vertraut, bin ich gewungen, auf die Ausführungen des Herrn Widenmann näher einzugehen. Den Vorwurf der wesentlichen Lüge in betreff der im vorigen Jahre stattgehabten Gauvorstandswahl habe ich Herrn Widenmann bereits auf dem diesjährigen Gautage, dann wieder in der Oktoberversammlung gemacht, in beiden Fällen schweig Herr Widenmann auf diesen Vorwurf, weil er rechtlich hierauf nicht erwidern konnte. Als ich mich nun veranlaßt sah, in Anbetracht des entstellten Versammlungsberichtes (Corr. Nr. 133) im Interesse meiner Ehre zu erklären, daß ich die Behauptung des Herrn Widenmann nicht als lächerlich (denn eine Bezeichnung als lächerlich ist keine Widerlegung), sondern direkt als Lüge bezeichnet habe, da auf einmal rührt sich Herr Widenmann, wohl in der Annahme, daß es leichter ist, einen Kollegen im Corr. zu belügen, als direkt in der Versammlung Rede und Antwort zu stehen. Um nun völlige Klarstellung zu veranlassen, bin ich gezwungen, auf die drei (nicht eine) Versammlungen in dieser Angelegenheit etwas näher einzugehen. Herr Widenmann vergißt nämlich in erster Linie anzuführen, daß in Sachen Gauvorstandswahl auch eine Vertrauensmännerversammlung stattgefunden hat, die zu dem Ergebnisse kam, keine neuen Kandidaten für den Gauvorstand aufzustellen, sondern den bisher im Amte gewesenen Gauvorstand, unter ausdrücklicher Betonung des Vertrauens für den ersten Vorsitzenden, zur Wiederwahl vorzuschlagen. Für den abgetretenen zweiten Vorsitzenden Schlegel wurde Kollege Altermann nominiert. In der hierauf stattgefundenen Mitgliederversammlung erklärten jedoch sämtliche bisherige Mitglieder des Gauvorstandes (natürlich mit Ausnahme des Verwalters Jölsch), eine Wiederwahl nicht mehr anzunehmen. Ueber die Beweggründe hierzu fand eine rege Diskussion statt. Die Versammlung führte aber zu keinem Ergebnis und mußte spät nachts rejudicial geschlossen werden. Es folgte die dritte Versammlung. Eine mindestens zweifelhafte Debatte, in der mir ein Dupend mal der Vorwurf gemacht wurde, daß ich in so ernster Zeit jetzt meinen drei Jahre lang innegehabten Posten verlassen wolle, zeitigte das Resultat, daß ich erklärte, wenn die mit ausschließenden Mitglieder des Gauvorstandes sich gleichfalls wieder aufstellen ließen, würde ich nochmals annehmen. Ich stellte deshalb den Antrag, den ersten Vorsitzenden nicht zu nominieren, sondern, um überhaupt zu einem Resultate zu gelangen, einmal auch an die anderen Gauvorstandsmitglieder heranzutreten und Versuche zur Wiederannahme zu machen. Nach längeren Verhandlungen erklärten sich die Kollegen Bahler und Bug bereit, event. weiter zu amtieren. Die beiden anderen Herren, Wagner und Benz, verblieben, trotzdem auch ich mein Möglichstes that, um sie zur Wiederannahme zu bewegen, auf ihrer Weigerung. Es wurden dann weiter als Kandidaten aufgestellt die Kollegen Altermann (von der Vertrauensmännerversammlung hierzu vorgeschlagen), Ernst, Gerbade, Reibel, Rüdner, Rieping, Stephan, hierzu kommt dann noch der Verwalter Jölsch und der Untersekretär. Meinem strikten Verlangen, mit einem Gegenkandidaten gegenüberzustellen, gab die Versammlung kein Gehör. Ich habe dann den sorgfältigsten Einwirkungen, die aus diesem Anlasse von allen Seiten auf mich erfolgten, nachgegeben und eine Kandidatur wieder angenommen, dafür werde ich nun von Herrn Widenmann fortgesetzt in Schmutz und Kot gezogen und mir die niedrigsten Motive untergeschoben, trotzdem derselbe die Vorgänge in den drei in Betracht kommenden Versammlungen sehr wohl kennt und weiß, wie schwer es war, überhaupt einen Vorstand zusammenzubringen. Mit welcher Wahrheitsliebe Herr Widenmann zu einer solchen Kampfweltweise ausgestattet und welchen Halluzinationen er unterworfen ist, mögen die Leser aus den Fellen des Herrn Widenmann in seiner Berichtigung selbst lesen und danach auch den Wert seines ganzen Laborats beurteilen. Herr Widenmann schreibt: „In letzter Ortsvereinsversammlung erhob Herr Gauvorsteher Erich Probst gegen die Fassung des von dem früheren Schriftführer Herrn A. Linde eingekleideten Berichtes im Corr. Nr. 133, dabel betonend, daß er meine Ausführungen betreffs der Gau-

Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Eißler einverstanden und verspricht — vollständig auf dem Boden der Tarifgemeinschaft lebend — mit allen Mitteln dem 1899er Tarife Geltung zu verschaffen, wurde bei mehreren Stimm-enthaltungen mit 21 gegen 5 Stimmen angenommen. — Unter Verzicht ebenem kamen einige lokale Angelegenheiten zur Sprache, welche aber noch eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung nötig machte. — Am 17. Dezember fanden sich darum die Mitglieder Plauens fast vollständig zusammen. — Kollege Eißler betrug war auf Wunsch des Gewerkeleiters anwesend, um Bericht über die Entlassung eines Seperers von W. Wieprecht, eines Seperers von Neupert, sowie eines Seperers und Druders von Lange & Co. entgegenzunehmen. Nach längerer lebhafter Debatte wurde für zwei Seperer die Unterstützung nach § 2 einstimmig bzw. mit Stimmenmehrheit beschränkt, dem entlassenen Druder stand die Gemäßigten-Unterstützung durch eine frühere Bewilligung noch zu, während dem dritten Seperer der Vorwurf traf, nach abnormalem Konditionieren in einer Druckerei einen Revers auf kündigungloses Arbeiten unterschrieben und damit seine kurz darauf erfolgte Entlassung verschuldet zu haben, es konnte deshalb demselben eine Unterstützung nach § 2 nicht zugeteilt werden.

Urin. Von unserm italienischen Bruderverband erhalten wir folgende offizielle Mitteilung: Aus der Nr. 142 des Corr. ist zu ersehen, daß sich die Firma Ludwig & Mayer in Frankfurt a. M. der Hoffnung hingibt, ihr Gesetzer-Personal durch italienische Kollegen zu ersetzen; diese Aussicht dürfte sich jedoch als eine falsche erweisen. In Nr. 894 vom 1. Dezember des Raporatore del Libro (Bucharbeiter), Organ des italienischen Verbandes, ist die Firma bereits als konträrbrüchig bezeichnet und vor Konditionssanahme gewarnt; natürlich wird nicht ausbleiben, daß auch den italienischen Buchdruckerprinzipalen die jetzige Arbeitsweise obgenannter Firma (mit Mechanikern, Uhrmachern usw.) bekannt gegeben wird. Es wird sich schwerlich ein italienischer Kollege finden, der den deutschen Kollegen den Kampf ums Recht erschweren wird, zumal hier noch genügend in trauriger Erinnerung ist, daß beim Streit Anfang dieses Jahres ein gewisser Adolf Schmidt aus Berlin, von Mühl kommend, hier in Arbeit trat. Glücklicherweise hat dieser Mensch, der wegen Neffen von Leipzig ausgeschlossen wurde und auch hier moralisch sich viel zu schuldigen kommen ließ, keinen großen Schaden angerichtet, da er nach einem halben Jahr als untauglich wieder abgehoben wurde. Die deutschen Kollegen können versichert sein, daß der italienische Verband alles daran setzen wird, den Zugang billiger und williger Arbeitskräfte nach dem Norden der Alpen zu verhindern. Den im Kampfe stehenden Kollegen ein „Haltet aus!“ zurufen, schließen wir mit etnem Hoch auf die Solidariät.

Kollege Feuerstein in Stuttgart sendet uns eine lange Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Schröter. Wir haben aus dem gereizten Schreiben den sachlichen Teil desselben hervor: Herr Schröter hatte im Verlaufe der erregten Diskussion, die schon beim Protokolle seinerseits in feindseligster Weise heraufbeschworen wurde, ostentativ auf seine in die 70er Jahre fallende Thätigkeit in Leipzig hingewiesen. Das war sein Recht. Es bildete zugleich aber auch für mich die äußere Veranlassung, einen Punkt dieser Thätigkeit zu berühren, den ich jetzt ebensowenig wie vor dem Paraderetten des Herrn Schröter als einen besonders wichtigen halte, den ich aber einen so feindseligen, gefährlichen Gegner so wenig schenken konnte wie er ihn mir geschenkt hätte. Und was sagte ich: Herr Schröter habe m. E. keine Ursache, diese Thätigkeit so besonders hervorzuheben, denn er habe einmal mit einem andern Kollegen ein Werk hergestellt, wobei wegen der Korrekturen mit der Geschäftsleitung Differenzen entstanden, infolge deren der eine Kollege entlassen worden sei oder aufgebittet habe und dann 16 bis 18 Wochen getipelt sei, während Herr S. ruhig stehen blieb. In dieser letzten Thatsache erblicke ich nichts weiter und nichts weniger als einen Mangel an Solidariätsgesühl mit dem andern Kollegen, mit dem er — nach dessen Angabe — in die gleiche Sache verwickelt war und als Vertrauensmann sich diesem Kollegen nicht angeschlossen und selbstamerweise der so besonders „exponierte Posten“ auch nicht entlassen wurde. Nachdem ich durch zwei einwandfreie Kollegen von der besprochenen Angelegenheit erfahren, wandte ich mich an den betreffenden Kollegen direkt, welcher mir nun den Sachverhalt genau wie den beiden andern im Gespräch über die Erklärung des Zentralverbandes und den mutmaßlichen „Hintermann“ folgendermaßen darstellte: Im Jahr 1874 habe er bei Fischer & Wittig in Leipzig als Gegenüber des Herr S. mit demselben ein Werk gesetzt; die Hauskorrektur sei von beiden auf Verlangen erst mit der Autorkorrektur gemacht worden und bei der Abrechnung habe die Geschäftsleitung die Bezahlung der Korrektur überhaupt verweigert. Infolge der sich ergebenden Differenzen sei er entlassen worden, Herr S. sei stehen geblieben. Herr S. selbst aber als Druckerleitender habe ihm das Abreisetgeld (er war nicht bezugsberechtigt) mit der ausdrücklichen Legitimation „wegen Eintretens für den Tarif“ ausbezahlt, worauf er 16 bis 18 Wochen auf der Waise habe zubringen müssen. — So mein Gewährsmann, das vis a vis des Herrn S. Kollege Vertsch in Stuttgart, dessen Persönlichkeit bei

den vorliegenden Streitigkeiten nach beiden Seiten hin gänzlich unbeeinträchtigt ist, was ihm seine Glaubwürdigkeit auch für andere Leute als nur für mich verbürgen dürfte. Es ist sicherlich in die Augen springend, daß das gewöhnliche Mitglied „wegen Eintretens für den Tarif“ entlassen und unterstützt wurde, während der an der gleichen Differenz beteiligte Vertrauensmann, der „exponierte Posten“, stehen blieb oder stehen bleiben konnte. „Stehen blieb“ nicht in dem Sinn, als ob ich den Herrn S. einen Streikbruch bei einer allgemeinen Bewegung der Kollegen einer ganzen Druckerei daraus vindizierte, als vielmehr in dem Sinne, daß gen. Herr seiner so selbst gerühmten Vertrauensmannschaft in diesem Falle nicht so gerecht geworden ist, daß sie rühmend wert ersehen. Das ist das Kapitalverbrechen, auf das Herr S. den „Verleumder“ setzt! — Auf die Auslassungen des Herrn S. hin habe ich Kollegen B. abermals um reifliche Ueberlegung und Darstellung erjudet und die abermalige Befestigung dessen erhalten, was oben angeführt ist. Aus diesem Grund und in der dargelegten Auffassung der Sache wird mir kein objektives denker Kollege mein Vorgehen als überreizt oder gar „verleumderisch beleidigend“ bezeichnen können, denn ich habe nicht wieder besseres Wissen, was das erste Kennzeichen einer Verleumdung ist, sondern genau nach der Darstellung des Kollegen geurteilt, der die Angelegenheit kennen mußte.

Rundschau.

Der Vierteljahrsbericht (April, Mai und Juni) des internationalen Sekretariats ist bei der Redaktion eingegangen. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß Kollege Stedemann in anerkannter Weise bemüht gewesen ist, mit einer Reihe im Sekretariate vereinigter Verbände persönlich in Besprechungen zu treten, um deren augenblickliche Lage und Thätigkeit aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Wir unterstützen in diesem Falle die Anschauungen des Sekretärs, daß die persönlichen Besuche desselben bei den einzelnen Verbänden und Vereinen ungleich höherer agitatorischen Wert besitzen als alle Berichte und Zirkulare des Sekretariats. Wenn bezüglich der Beschaffung eines Widerstandsfonds der Sekretär glaube in Deutschland nicht die nötigen Sympathien gefunden zu haben (S. B. auf der Gewerkeleiterskonferenz), so dürfte doch die von ihm in eingehenden Darlegungen gegebene Aufklärung über diese Materie nicht fruchtlos gewesen sein, wenn auch erst die prinzipiellen Schwierigkeiten zu beseitigen sind, die in Deutschland der Realisierung einer internationalen Widerstandslasse noch im Wege stehen. Vielleicht lassen sich auf dem nächsten internationalen Kongresse Mittel und Wege finden, um diese Materie im Sinne des deutschen Verbandes der Lösung zuzuführen. Daß unsere bisherigen Einwürfe nicht der Berechtigung entbehren, erkennt Kollege Stedemann selbst an; damit sind wir wenigstens einen Schritt in dieser Frage weiter gekommen.

In Brandenburg a. S. wurde Kollege C. Thiele in das Stadterordnetenkollegium gewählt.

In Braunschweig wurde das Personal einer Zeitungsdruckerei vernommen, um den Verfasser eines Artikels zu ermitteln. Die Vernehmung war natürlich erfolglos.

Von Neujahr ab erscheint im Verlage der Halberstädter Sonntagszeitung ein neues Blatt unter dem Titel Arbeiterzeitung für 30 Pf. monatlich, zweimal wöchentlich.

Preßkämpfer. Die Pflanzliche Post in Speyer unterzog das stiltliche Verhalten eines Stadtrates einer Kritik, was diesen zu einer Beleidigungsklage veranlaßte. Da die aufgestellten Behauptungen der Wahrheit vollkommen entsprachen, so erfolgte Freisprechung. Ein zweiter Fall, Beleidigung eines Arztes, endete durch Vergleich. Die Danziger Allgemeine Zeitung hat ihre Beteiligung an der Landtagswahldebatte mit 250 Mk. zu büßen wegen Beleidigung von fünf Wahlmännern. Der Redakteur der Magdeburger Volksstimme (Wahl) wurde zu drei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung von Militärs verurteilt, zu zwei Wochen Gefängnis der Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung (Ritsche) wegen Beleidigung eines Weindarmen, der Redakteur der anarchistischen Zeitschrift Neues Leben (Schuhmacher Bürger in Berlin) zu einem Jahre Gefängnis wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander (der ursprüngliche Antrag lautete: Aufreizung zum Mord).

In den letzten Jahren hat in Preußen die polnische Presse erhebliche Fortschritte gemacht. Neben 28 politischen Zeitungen erscheinen eine Menge Unterhaltungs- und Fachzeitschriften, besonders landwirtschaftliche Blätter und wissenschaftliche Journale, ferner einige Duzend polnische Kalender.

Am 16. Dezember starb in Paris der Romanistischer Alphonse Daubet im 58. Lebensjahre. Sein preisgekrönter Roman „Promont jun. und Wäler sen.“ verschaffte ihm einen Weltruf und weiter folgende Romane wie „Jad“, „Der Rabob“, „Die Wägin im Exil“, und seine komisch-historischen Romane erzielten diesen Ruf. In Kopenhagen wird demnächst, wo der Allgemeine Anzeiger für DruckerInnen mittel, eine Tarifkommission zusammengetreten, aus 6 Vertretern der Prinzipale und Gewerkschaften, welche einen neuen Tarif aufstellen soll. Die Gewerkschaften beantragen für Bucharbeiter Erhöhung des Mindestlöhnes von 18 bis auf 24 Kr. und

des Laufendpreises von 31 resp. 33 Dore bis zu 40 Dore (Einheitspreis für Fraktur und Antiqua), für Ausgelernte die gleichen Preise, ferner achtstündige Arbeitszeit (jezt 9 1/2 Stunden), Umbrechen des Tages nach Stunden-zahlung (jezt 20 bzw. 40 Dore bei 2 bzw. 3 im Werke beschäftigten Geßlisen) und bessere Ausbildung der Lehrlinge. Für Zeitungsarbeiter 28 Kr. für Tag, 35 Kr. für Nacharbeit und längere Arbeitszeit. Für Maschinen-seper 35 Kr. für Tagarbeit bei siebenstündiger, 40 Kr. für Nacharbeit bei sechsstündiger Arbeitszeit.

Aus England. Wie bereits berichtet, war in den Reihen der Typographical Association (englische Provinzialgesellschaft) eine Urabstimmung behufs Erhebung einer Extraktsteuer für die ausgeschlossenen Maschinenbauer angeordnet worden. Hiernach haben alle Kollegen, welche unter 30 Schilling verdienen, 3 Pence (24 Pf.) pro Woche zu zahlen, während alle diejenigen, welche 30 Schilling und darüber verdienen, 6 Pence pro Woche zu zahlen haben. Dieser Vorschlag ist mit 5297 gegen 1491 Stimmen angenommen worden. — Die Kollegen in Wigam verbesserten vor einiger Zeit ihre Lage hinsichtlich der Entlohnung und Arbeitszeit. Ein seit 30 Jahren bestehendes und unter seinem vor kurzem verstorbenen Eigentümer nur Verbandsmitglied besetztes Stablen Establishment (The Carlton Printing Works), welches jetzt von der „trauernden“ Witwe weitergeführt wird, kündigte aber sofort seinen sämtlichen, zum Teile langjährigen Angestellten. Die „gnädige Frau“ will jetzt ihr Glück mit „Mausbeinen“ versuchen. Das Geschäft ist für Verbandsmitglieder geschlossen worden und werden unsere dortigen Kollegen dieser „schneidigen“ Gebieterin ansähdig aufs Dach steigen. O diese Welt! — In Edinburg befindet sich der größte Teil der Maschinenmeister und Handpressendrucker behufs Erhebung der 50 stündigen Arbeitswoche im Auslande. Die „Free Labor Association“ (freie (?) Arbeiter) lieferte 36 Arbeitswille, von diesen mußten aber schon nach einigen Tagen 28 wegen völliger Unfähigkeit entlassen werden, weshalb die Aussichten der Streikenden recht günstig stehen.

In Schottland setzten unsere Kollegen eine Lohn-erhöhung um einen Schilling pro Woche durch, dagegen wurde die gleichzeitig verlangte Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt.

In der dem Reichstage zugegangenen Uebersicht der Entschlüsse des Bundesrates auf frühere Beschlüsse des Reichstages ist u. a. zu der Forderung wirksamer Durchführung der §§ 120a bis 120c der Gewerbeordnung (Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit) und der Ausdehnung der §§ 135 bis 139b (Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter) auf die Hausindustrie bemerkt: Der Bundesrat hat die Angelegenheit dem Reichstagsrat überwiefen. Inzwischen sind die Bekanntmachungen vom 2. Februar und 31. Juli 1897, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten sowie von Buchdruckerien und Schriftsetzereien ergangen. Hygienische Arbeiterschutzvorschriften für eine Reihe weiterer Gewerbe-zweige sind in Vorbereitung. Mit der Ausdehnung der §§ 135 bis 139 der Gewerbeordnung auf Grund des § 154 Abs. 4 a. a. O. ist durch den Erlaß der Verord-nung über die Werkstätten der Kleider- und Wäsche-fabrikation vom 31. Mai 1897 begonnen. Ferner heißt es: Die Erhöhung des Weisgehaltes der Landbrot-träger hat sich deshalb als unthunlich erwiesen, weil die Aufbesserung der Befolgungen der Unterbeamten vorläufig als abgeschlossen zu betrachten ist und die Zulassung einer Ausnahme zu unabsehbaren Konsequenzen führen würde. — In betref der Zupffrage sollen Erhebungen angefertigt werden, ob eine Revision oder Ergänzung der zum Vollzug ergangenen Bestimmungen des Gesetzes angezeigt erscheint. — Die Forderung, daß die Wahlkommission keine amtlichen Erhebungen über die politische Parteistellung der Kandidaten resp. der Gewählten anstellen sollen, wurde im Interesse der Statistik abgelehnt.

In Magdeburg ist die Polizei in Arbeiter-Angelegenheiten sehr auf dem Plage. Bekanntlich hat dieselbe vor den Schaufenstern der Buchhandlung der Volksstimme seit längerer Zeit einen Doppelposten aufgestellt und läßt es auch sonst an Strafmandaten nicht fehlen, so wegen Sammlungen für ausstehende Arbeiter. In einem Fall erkannte das Gericht nach erhobnem Einspruch auf Freisprechung, da die betr. Listen nur unter Tischlern, also in einem bestimmten Kreise zirkulierten, das Merkmal der öffentlichen Kollekte somit fehlte. In einem andern Falle waren die Listen in verschiedene Berufskreise gelangt, die Vertrauensmänner der Metall- und der Steinarbeiter wurden daher zu je 15 Mk. verurteilt, desgl. die Volksstimme, welche die eingegangenen Gelder quittiert hatte. Die Bekanntgabe eines Streiks durch Plakat und in der Zeitung sollte grober Unfug sein, weil die betr. Arbeiter erst gekündigt hätten. Dieser Auslegung stimmte das Gericht aber nicht zu, da es begrifflich auf eins hinaus-komme, ob die Arbeiter ihre Kündigung einreichten oder sofort die Arbeit einstellten. Ebenso wurde gerichtsfertig kein grober Unfug darin gefunden, daß ein Schneider in einer Versammlung den Antrag, über eine Werkstatt die Sperre zu verhängen, zur Abstimmung brachte.

Eine vom bayerischen Ministerium des Innern einberufene Konferenz beschäftigte sich mit der Zentralisation der öffentlichen Arbeitsnachweise Bayerns. Das Ergebnis war, für jeden Regierungsbezirk eine Zentral-

stelle zu schaffen, die im Bedarfsfalle miteinander verkehren und deren Vertreter alljährlich in München zusammenkommen sollen, um ihre Erfahrungen auszu-tauschen.

Der Hamburger Senat hat auf Grund der Gewerbeordnung § 120a Abs. 2 eine Reihe von Bestimmungen über die Einrichtung und den Betrieb von Bädereien und Konditoreien erlassen, von denen nur zu wünschen, daß sie nicht bloß in Hamburg, sondern im ganzen Reiche Geltung erlangten. Bisher treffen dieselben zum Teil aber auch in Hamburg nur neu errichtete bezw. durch Erweiterung oder Umbau zu verändernde Geschäftsräume — eine Frist, bis zu welcher sich die bestehenden Bädereien z. B. den Anforderungen in Bezug auf Höhe und Beleuchtung der Räume anzubehalten haben, ist nicht vorgeschrieben und Ausnahmen von der Regel können auch behördlich gestattet werden — jedoch ist sofort in allen derartigen Geschäftsjahren für gute Luft und Reinlichkeit zu sorgen, es wird speziell vorgeschrieben, in welcher Weise dies zu geschehen hat.

Ueber die Vergehen gegen den Arbeiterschutz gibt eine Zusammenstellung des kaiserl. statistischen Amtes Auskunft. Danach wurden in den Jahren 1891 bis 1896 verurteilt wegen Vergehens gegen § 146,1 der G.-O. (Wohnung der Arbeiter betr.) 528, gegen § 146,2 (Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendl. Arbeitern betr.) 4154, gegen § 146,3 (Eintragung eines Werkmals in das Arbeitsbuch) 72, gegen § 146a (Sonntagsruhe) 27054 (seit 1892), gegen § 147 (Konjunktionspflicht und Sicherheitsvorrichtungen) 41717 Personen. Diese Zahlen haben von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfahren. Uebrigens ist hierbei nicht zu übersehen, daß eine große Anzahl von Fällen überhaupt nicht zur Anzeige kommt. Das Krankenversicherungsgesetz brachte wegen verschiedener Vergehen den Unternehmern 427 Verurteilungen, außerdem 614 wegen Hinterziehung abgezogener Krankentafelbeiträge. Auf Grund der §§ 147 bis 151 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wurden verurteilt 1492 Personen, ferner wurden verurteilt wegen Fälschung von Versicherungsmarken und Fehthalten bereits verwendeter Marken, wobei auch Arbeiter in Frage kommen können, 302 Personen. — Auf Grund des § 153 der G.-O., dem Schuppaparagraphen für Nichtstehende wurden verurteilt im Jahr 1891: 117, 1892: 74, 1893: 38, 1894: 47, 1895: 93, 1896: 252 Arbeiter.

Das Departement des Handels in russischen Finanzministerium verbietet die Veröffentlichung der Strafen, welche Gewerbetreibenden wegen Uebertretung des Gesetzes über das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Arbeitern auferlegt werden. Dies verschärfte die Strafen allsehr. Auch die russische Regierung hat Ursache, die Unternehmer zu schonen, selbst diejenigen, welche auf das Gesetz pfeifen und die ihnen auferlegte Geldstrafe als Bagatelie zu betrachten in der Lage sind.

Lohnbewegung. In Dresden streikten bei H. Theile die Steinbildhauer. In Lübeck die Schneider der Firma Karstadt wegen Lohnminderungen. Der Ausstand am Kirchenbau zu Speyer endete damit, daß die Arbeiter sich mit einer fünfprozentigen Lohnkürzung (statt 10 Proz.) einverstanden erklärten. In Sulzfeld in Baden streikten 40 Steinarbeiter auf den Werkplätzen von Lischer und Dupps. Der Ausstand der Maurer bei der Firma Apelt in Wittendörge ist beendet. Es wurde ein Stundenlohn von 30 Pf. bewilligt.

Streikfolgen. In Hamburg hat ein Kordmacher zwei seiner während des Streiks in Arbeit gebliebenen „Kollegen“ beleidigt und bedroht und sie dadurch angeblich zur Beteiligung am Streik zu bestimmen versucht. Nach dem Strafgesetze würde er zu ein paar Mark Geldstrafe verurteilt worden sein, nach § 153 der Gewerbeordnung lautete das Urteil aber auf einen Monat Gefängnis. Ein Maurer in Leipzig war der versuchten Mordung, des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Beleidigung angeklagt. Von diesen Anklagepunkten blieb nur die Beleidigung übrig, welche allerdings immer noch mit drei Wochen Gefängnis taxiert wurde; aber auch diese drei Wochen waren durch die erteilte Untersuchungshaft verbüßt.

In England findet in Sachsen des Maschinenbauerskonfliktes in diesen Tagen eine zweite Urabstimmung statt. Die „Einigungsbestimmungen“ sind aber derart, daß die Gewervereinsmitglieder schwerlich zustimmen können, es müßte denn aus taktischen Gründen geschehen, um durch eine Gesamtorganisation sich vorerst genügend zu schützen. Es handelt sich bei den Unternehmern nach wie vor darum, das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen und die Vertretung der Arbeiter durch ihren Gewerksverein überhaupt illusorisch zu machen. — In dem Kohlengebieten von Charleroi sind eine Reihe kleinere Streiks ausgebrochen wegen Unzufriedenheit der Arbeiter mit den neu eingeführten Reglementen. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes warnt vor übereilten Schritten, jedenfalls aber solle man sich vorher mit der Verbandsleitung verständigen.

Bitternau.

Der von den Kollegen Faber in Feldbach und Kralik in Wien herausgegebene Almanach für Buchdrucker, zugleich Reiseführer für Arbeiter der graphischen Gewerbe, erschien im 11. Jahrgange. Wie bisher bemüht sich die Herausgeber, den Inhalt recht vielseitig zu gestalten. In der Abteilung „Soziales und Technisches“ finden sich neben dem Rückblick auf das Jahr 1897, der sich auf

fast alle Länder erstreckt, eine ganze Reihe bemerkenswerter Artikel und Notizen. Wertvoll ist der Organisationsanzeiger, welcher die typographischen Vereine der verschiedenen Länder, die Presse der organisierten Gehilfen und die Druckorte und Firmen Oesterreich-Ungarns, der Balkan- und Donauländer aufzählt. Ferner enthält der Begleiter für Reisende ein Verzeichnis von Reisetouren einschließlich der Schweiz, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Serbien, Bulgarien, Rumänien und Russisch-Polen, das Verzeichnis der Biatlums-Papierfabriken von ganz Europa und der Herbergen für Reisende. Zu beziehen ist der Almanach zum Preise von 2 Mk. durch Rich. Härtel in Leipzig-R.

Gestorben.

In Bern am 8. Dezember der Buchdruckerbesitzer Albert Schüler, Redakteur und Verleger des in Biel erscheinenden Handels-Kouriers und Mitbegründer der graphischen Kunstankalt Schüler & Balmer, 50 Jahre alt. In Neuenburg am 6. Dezember der Buchdruckerbesitzer Henri Wolfrath, 77 Jahre alt.

Briefkasten.

J. B. in Lachen: 3 Mt. Vertichtigung. Im letzten Bericht aus Eberswalde in Nr. 145 des Corr. muß es Remnitzsche Buchdr. statt Kranitzsche heißen.

Verbandsnachrichten.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona. Die Bibliothek bleibt am ersten und zweiten Weihnachtstage sowie am Neujahrstage geschlossen.

Bezirk Gießen. Der Vorstand für 1898 besteht aus den Kollegen W. Kehler, Vorsitzender; D. Eitel, Kassierer; A. Hensel, Schriftführer; G. Memmer und H. Holland, Beisitzer. — Briefe sind nunmehr zu richten an Michael Kehler, Kirchenplatz 11; Geber an Otto Eitel, Bleichstraße 31.

Bremen. Hierdurch werden alle Druckerassistenten ersucht, Montag den 27. Dezember, abends, im Vereinslokale die Wochenbeiträge bezugs-unfähiger Abrechnung abzuliefern.

Hensburg. Ortsvorstand für 1898: J. Ehr. Heilmann, Vorsitzender; R. E. Lassen, Kassierer; Ehr. P. Pajßen, Schriftführer; J. P. Ehr. Laban und Robert Meyer, Bibliothekare; J. Rasmussen und R. Weßbach, Mediziner.

— Gemäß § 37 des Tarifs beträgt der Lokalzuschlag für Hensburg und Glücksburg 10 Proz., das Minimum des gewissen Geldes daher 23,10 Mt., worauf hiermit in gegebener Veranlassung besonders aufmerksam gemacht wird.

Magdeburg. Der Bezirks- und Ortsvorstand setzt sich für das Jahr 1898 wie folgt zusammen: W. Krahl, erster Vorsitzender; Karl Gehrt, zweiter Vorsitzender; Oskar Rose, Kassierer; Reinhold Herzwig, erster Schriftführer; Wilh. Reindorf, zweiter Schriftführer; Gustav Salewski, erster Bibliothekar und Rudolf Lehmkuhl, zweiter Bibliothekar. Das ausführliche Wahlergebnis wird in nächster Berammlung bekannt gegeben. — Als Revisor der Verwaltung wurde Kollege Hermann Rasenberger wiedergewählt. — In allgemeinen und Bezirksangelegenheiten wolle man sich an Wilh. Krahl, Rothpetersstraße 36, III, in rein örtlichen Angelegenheiten dagegen nur an Karl Gehrt, Magdeburg-Werber, Weidenstraße 8a, Hof III, wenden. Die Wohnung des Kassierers ist nach wie vor: Magdeb.-Werber, Weidenstr. 8, Hof I.

— Der Drucker Wilhelm Friedrich aus Braunschweig und der Seper Walter Wille aus Magdeburg mußten wegen Konditionsannahme in gesperrten Druckereien ausgeschlossen werden; beide haben ihre Bücher nicht abgegeben und werden wohl anderwärts als Mitglieder wieder aufzutreten versuchen, weshalb hiermit auf Genannte aufmerksam gemacht wird. — Fortgesetzt werden von den Druckereien E. Sperling & Co. in Magdeburg, R. Zacharias in Magdeburg-Neustadt, Karl Wejemann in Loburg, Fr. Söffner in Burg und R. Schröder in Seehausen (Altmark) in Fachblättern Gehilfen gesucht. Wer in diesen Druckereien anfängt, wird ausgeschlossen, beglücken wer in anderen Druckereien unsers Bezirks zu unantastbaren Bedingungen Kondition annimmt; man erkundige sich also zuvor.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Berlin die Seper 1. Reinhold Aisch, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 2. Paul Bach, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 3. Rudolf Doh, geb. in Triefsee 1880, ausgelernt daselbst 1897; 4. Karl Dreuer, geb. in Franzenstein 1868, ausgelernt in Berlin 1893; 5. der Stereotypen Otto Fied, geb. in Bern 1867, ausgelernt daselbst 1887; 6. die Seper Wilhelm Fröbel, geb. in Berlin 1874, ausgelernt daselbst 1892; 7. Willy Graupe, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 8. Rich. Hoppe, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 9. der Drucker Karl Lese, geb. in Berlin 1878, ausgelernt daselbst 1897; die Seper 10. Max Pleste, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 11. Karl Wahle, geb. in Ertner 1877, ausgelernt in Fürstenwalde 1897; 12. Richard Wäcker, geb.

in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 13. Ernst Paß, geb. in Guntzow 1875, ausgelernt in Bromberg 1893; 14. Otto Piel, geb. in Berlin 1873, ausgelernt daselbst 1891; 15. Ernst Petrich, geb. in Cressler 1875, ausgelernt in Brehmick 1894; 16. Rich. Schlamens, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1896; 17. Emil Schuchardt, geb. in Berlin 1879, ausgelernt daselbst 1897; 18. der Stereotypen Aug. Simon, geb. in Petershau 1861, ausgelernt in Berlin 1885; die Seper 19. Richard Stipp, geb. in Gumbinnen 1869, ausgelernt daselbst 1889; 20. Gust. Walch, geb. in Berlin 1878, ausgelernt daselbst 1896; waren noch nicht Mitglieder; 21. Max Barkowski, geb. in Kaufbeuren 1857, ausgelernt in Tilsit 1876; 22. Paul Becker, geb. in Görtz 1858, ausgelernt daselbst 1876; 23. der Stecher Otto Bolte, geb. in Hannover 1859, ausgelernt daselbst 1875; die Seper 24. Karl Dufft, geb. in Stettin 1853, ausgelernt daselbst 1870; 25. Paul Fenzel, geb. in Berlin 1872, ausgelernt daselbst 1890; 26. Rich. Förster, geb. in Berlin 1876, ausgelernt daselbst 1895; 27. Herm. Kirsch, geb. in Berlin 1879, ausgelernt in Veitsh 1896; 28. Fritz Niemeier, geb. in Berlin 1878, ausgelernt daselbst 1896; 29. Gust. Pappe, geb. in Berlin 1876, ausgelernt daselbst 1895; 30. Alex. Rosenthal, geb. in Riga 1872, ausgelernt daselbst 1891; 31. Georg Scheibel, geb. in Glogau 1878, ausgelernt daselbst 1896; 32. Osw. Schmidt, geb. in Stargard 1856, ausgelernt daselbst 1874; waren schon Mitglieder. — Frz. Stolle in Berlin S. Ritterstraße 88, I.

In Brandenburg der Seper Gustav Kiehlretter, geb. in Rathenow 1876, ausgelernt daselbst 1894; war schon Mitglied. — In Rathenow der Seper Emil Koestel, geb. in Soldin (Pm.) 1877, ausgelernt daselbst 1895; war noch nicht Mitglied. — In Luckenwalde I. der Seper Friedrich Koestel, geb. in Dirichau I. Westpr. 1874, ausgelernt daselbst 1892; 2. der Drucker Rudolf Nowag, geb. in Breslau 1858, ausgelernt daselbst 1880; waren schon Mitglieder. — Verh. Theile in Brandenburg, Potsdamerstraße 22.

In Bremen 1. Joh. Kröpflin, geb. 1872, ausgelernt in Bülow (Mecklenb.) 1889; war schon Mitglied; 2. Simon Selmonn, geb. in Vafel 1872, ausgelernt in Ballea 1888 — H. Donath, Luthersstr. 24.

In Briesg der Drucker Bruno Heißbill, geb. in Glogau 1878, ausgelernt daselbst 1896; war noch nicht Mitglied. — In Reiffe der Seper Wilh. Ziegler, geb. in Rosenfeld bei Dahme (Mark) 1878, ausgelernt in Dahme (Mark) 1896; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Reiffe, Töpferstraße 42.

In Detmold der Seper Adolf Plenge, geb. in Northeim 1863, ausgelernt daselbst 1882; war schon Mitglied. — Otto Mirow in Bielefeld, Hermannstraße 61.

In Görtz der Seper Robert Emil Wenzel, geb. in Steinkunzendorf (Kr. Neidenbach i. Schl.) 1878, ausgelernt in Wülfewaldersdorf 1896; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Sachers, Landestronstraße 32.

In Karlsruhe der Seper Gottfried Morger, geb. in Eichenbach (St. Gallen) 1872, ausgelernt in Rheineid 1891; war schon Mitglied. — In Eppingen der Schweizerdegen Theodor Zruellen, geb. in Hargerode 1875, ausgelernt daselbst 1894; war schon Mitglied. — F. Kirstin in Karlsruhe, Kaiserstraße 49.

In Kattowitz die Seper 1. Karl Hellmuth, geb. in Görtz 1876, ausgelernt in Rutenburg 1897; 2. Paul Drescher, geb. in Frankfurt a. O. 1876, ausgelernt daselbst 1895; 3. Alfred Winter, geb. in Filleke (Posen) 1876, ausgelernt in Driesen 1899; 4. Fritz Horn, geb. in Berlin 1875, ausgelernt daselbst 1894; waren noch nicht Mitglieder. — Georg Selzer in Beuthen (Ob. Schl.), Gartenstraße 16.

In Landrecht (Pfalz) der Seper Ludwig Heinp, geb. in Kleinotwiler 1879, ausgelernt in Waldmoor 1897; war noch nicht Mitglied. — C. Holzappel in Neustadt a. H., Stadtgasse 36.

In Welle i. H. die Seper 1. Wilhelm Zehler, geb. in Fulda 1876, ausgelernt daselbst 1894; 2. Ernst Kurz, geb. in Ribenscheid 1876, ausgelernt daselbst 1893; waren schon Mitglieder. — F. Brodmeyer in Osnabrück, Johannis-mauer 64a

In Stendal der Schweizerdegen Otto Brähler, geb. in Wenden 1875, ausgelernt in Wülfeln 1893; war schon Mitglied. — W. Krahl in Magdeburg, Rothpetersstraße 36, III.

In Worms der Seper Fritz Ruhn, geb. in Weinhelm, ausgelernt in Urmurg a. d. E. 1893; war noch nicht Mitglied. — Joh. Eiß in Ludwigshafen a. Rh., Rangierbahnhof 5.

In Zweibrücken der Seper Ludwig Brunner, geb. in St. Oeden 1877, ausgelernt in Dürkheim a. Hbt. 1895; war noch nicht Mitglied. — A. Thomas in Kaiserslautern, Hornstraße.

In Brigen der Seper Hermann Stecher, geb. in Colle di St. Lucia 1877, ausgelernt in Brigen 1897; war noch nicht Mitglied. — Franz Otter in Innsbruck, Kiebachgasse 16.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Oktober. a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monat 581 Mitglieder, aus Kondition kamen 290, aus dem Ausland 146 (darunter 47 Mitglieder gegenseitiger Vereine), aus konditionslosem Aufenthalt 69, krank waren 19, vom Militär kamen 7, zusammen 1052 Mitglieder (938 S., 108 W., 6 G.), darunter 159 Mitglieder gegenseitiger Vereine; hieron traten wieder in Kondition 344 Mitglieder, gingen ins Ausland 112 (darunter 59 Mitglieder gegenseitiger Vereine) konditions-

los hielten sich am Schlusse des Monats auf 99, krank wurden 5, ausgeheuert 2, zum Militär gingen 23, der Nachweis hörte auf bei 71, auf der Reise verblieben 396, zusammen 1052 Mitglieder. — An Tagelohn wurden verausgabt: 11105 Mk. à 1 Mk., 4447,50 Mk. à 75 Pf., an Porto und Remuneration 291,35 Mk., in Summa 15843,85 Mk. (Gegen denselben Monat des Vorjahres weniger 49 Mitglieder und 1315,67 Mk.)

b) Am Ort: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 391 Mitglieder, neu hinzugekommen 535, zusammen 926 Mitglieder (805 S., 111 Dr., 10 G.); hiervon traten wieder in Kondition 520 Mitglieder, gingen auf die Reise 49, wurden krank 3, ausgeheuert 24 (darunter 11 mit 70 und 13 mit 140 Unterstützungstagen), gingen zum Militär 33, zu einem andern Beruf 1, arbeitslos verblieben am Schlusse des Monats 296, zusammen 926 Mitglieder. — An Tagelohn wurden verausgabt: 15181 Mk. für ebensolche Tage. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 79 Mitglieder und 618 Mk.)

Insgesamt wurden im Monat Oktober auf der Reise und am Ort an 1978 bezugsberechtigte Mitglieder 31024,85 Mk. Unterstützung gezahlt. (Gegen denselben Monat des Vorjahres 29 Mitglieder mehr und 697,67 Mk. weniger.)

Hauptverwaltung. Wie in früheren Jahren, so können auch diesmal wieder die Herren Verwalter denjenigen reisenden Kollegen, welche sich die Weihnachtsfeiertage an irgend einer Zahlstelle aufzuhalten gedenken, diese Tage bei der Zureise mit ausbezahlen. Jedoch ist hierbei zu beachten, daß dann, wenn die Reisetage bis einschließlich den 26. Dezember vergütet wurden, die Legitimation zur Weiterreise mit dem Datum des 27. Dezember versehen werden muß.

Die den Exzer Robert Lause aus Bernburg (Saale 1124, Hauptst. Nr. 26941) betr. Notiz in Nr. 93 und 96 ist bis jetzt immer noch nicht ausgeführt worden, weshalb die Herren Verwalter nochmals darauf aufmerksam gemacht und um Abzug von 2,55 Mk. und Einsendung derselben nach hier in Briefmarken ersucht werden.

Tarif-Amt für Deutschlands Buchdrucker.

Berlin SW., Friedrichstraße 240/241.

Bekanntmachung.

Der Gehilfenvertreter des Kreises II, Herr Bettenworth in Eisen, hat wegen Etablierung sein Amt als Mitglied des Tarif-Ausschusses niedergelegt. Laut § 42, 2 des Statuts sind dessen Funktionen nunmehr an seinen ersten Stellvertreter, Herrn Johns in Krefeld, Evang. Kirchplatz, übergegangen; derselbe hat die Geschäfte als Gehilfenvertreter des II. Kreises mit dem Tag unserer Bekanntmachung bereits übernommen.

Berlin, 18. Dezember 1897.

Georg W. Bügenstein, L. G. Giesede, Vorsitzende.

Fünfschöner Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif vom 1. Juli 1896 anerkennenden Buchdruckereien.

Bergedorf: Harbers, Wilhelm.
 Berlin: Friedländer, Siegfried; Kühn, Georg; Wefländer, Wilhelm; Mandelstamm & Co.; Rosenthal Nachf., A.; Weisphal, Franz.
 Borna: Roste, Robert; Reiche, Albert.
 Bremen: Gerst, Ed.
 Bremerhaven: Krause & Randermann.
 Breslau: Kornider, Max.
 Bruchsal: Kap, Oskar.
 Burg b. M.: Buchdruckerei A. Popper.
 Buxtehude: Betteck, J.
 Chemnitz: Schmidt, Gebr.
 Danzig: Danziger Neueste Nachrichten; Müller, A., vorm. Wedelsche Hofbuchdruckerei.
 Ehrenfriedersdorf: Löfke, Otto Adolph.
 Finsterwalde: Reiche Nachf., Bruno (Paul Schulz).
 Frankfurt a. M.: Ritter, Karl.
 Gethäin: Weiser, Karl.
 Göttingen: Löchner, Gustav.
 Hamburg: Mahlopp, C.
 Karlsruhe: Bonning, Karl; Lechtin, Gebr.
 Kattowitz: Simina, G.

Leipzig: Beretter & Meißner; Eismann, Theodor; Schmidt & Buich.

Magdeburg: Subenburg; Bornstedt, Friedr.

Neustrelitz: Wagner, Otto.

Osternode i. S.: Siebel & Dehlschlagel.

Saarbrücken: Buchdruckerei Gebr. Hofer.

St. Johann a. d. S.: Courths, Friedrich; Neue Saarbrücker Zeitung.

Schönfeld: Kundermann, Theodor.

Strasbourg: C. Aitenloferische Buchdruckerei.

Wesfelden: Groth, Julius.

Wiesbaden: Ritter, Karl.

Berlin, 18. Dezember 1897.

Georg W. Bügenstein, L. G. Giesede, Vorsitzende.

Bekanntmachung.

Tarifkreis VI (Züringen). Die Wahlen zum Schiedsgericht in Magdeburg ergaben folgendes Resultat: Als Prinzipalmittglieder wurden gewählt die Herren: Oskar Frieze (in Firma: Carl Frieze, Kgl. Hofbuchdr.), Robert Hänel (in Firma: Hänel'sche Hofbuchdr.), Paul Wolfeld (in Firma A. Wolfeld), Rudolf Hamm (in Firma: General-Anzeiger). Als Gehilfenmittglieder wurden gewählt die Herren: Gustav Sobel, Reinhold Herwig, Carl Naake, Carl Gebrt. Bei der konstituierenden Sitzung wurden zu Vorsitzenden gewählt Prinzipalmittglieder: Herr Oskar Frieze; Gehilfenmitglied: Herr Gustav Sobel, Lüneburgerstraße 13 S. III.

Beschwerden oder Streitfälle in Sachen des Tarifs seitens der einen oder andern Partei sind an den betreffenden Vorsitzenden behufs Erledigung zu richten.

A. Gründig, Alb. Raß, Prinzipalmittglieder. Gehilfenvertreter.

Öffentliche Quittung

über Gehilfenbeiträge zu den Tarifkosten.
 Für das Rechnungsjahr 1897/98 vom Gutenbergbund unterm 16. November 150 Mk.
 Berlin, den 18. Dezember 1897. L. G. Giesede.

Druckereibetriebe Seite 25 ff., Stellen-Angebote, Gesuche und Vertriebs-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag der Anzeige zu entrichten. Offerten in Formkarte zur Weiterbeförderung beizufügen.

Tüchtiger Galvanoplastiker
 findet gegen gute Bezahlung (30 bis 40 Mk. pro Woche) dauernde Kondition. Nur auf selbständige erste Kraft wird reflektiert. Offerten sind zu richten an **Erste Ungarische Christliche-Religions-Gesellschaft** Budapest, VI, Dessenoffgasse 32. [620]

Gesucht tüchtiger Stempelschneider
 für Stahl. Offerten unter Z. Nr. 594 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Galvanoplastiker.
 Selbständiger u. genauer Künstler, findet Lebensstellung. Offerten mit Lohnanspr. unter 654 a. d. Exp. d. Bl.

Angebot.
 Erfahrener Kaufmann, 35 Jahre alt, ev. verh., in allen Fächern des Zeitungswesens seit Jahren bewandert, mit allen rebat. Arbeiten vertraut, firm im Inseratenwesen, flotter Berichterstatter.

Tüchtiger Annoncenacquiseur
 und Expedient, sucht sich sof. o. später zu verändern. Suchender ist im Verkehr m. d. Publikum gewandt und befähigt, den Chef zu vertr., auch nicht abgeneigt, verantw. zu zeichnen. Gehaltsanspruch bescheiden! Werte Offerten an **M. Richard Schilling, Harburg a. E.** [648]

Für Dresden oder die Provinz
 sucht Accidenzfeger dauernde Kondition. Werte Offerten mit Gehaltsangabe an **Edw. Böhm, Leipzig, Sternwartenstraße 2 III** erbeten. [647]

Junger Verks., Zeitungs- und Annoncenfeger
 sucht per 1. Januar möglichs. dauernde Kondition. Werte Offerten erb. an **H. Rehter, Pöhned, Pöhneder Str.**

Rotationsmaschinenmeister
 für Augsburger Zwilling- und einfache Rotationsmaschinen sucht sich zu verändern. Werte Offerten mit Gehaltsangabe unter Nr. 623 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Achtung! Stereotypen- und Galvanoplastiker. Achtung!
 Kollegen, welche Konditionsanerbietungen nach Berlin erhalten, werden in ihrem eignen Interesse gebeten, zuvor Erklärungen beim Vorstande der **Freien Vereinigung der Stereotypen- u. Galvanoplastiker Berlins u. Umgeb.**, Karl Giesefeld, Berlin, Jahnstr. 8, v., IV. e. nguzholen. [321]

Dresdener Buchdrucker-Gesangverein.
 Sonnabend den 25. Dezember (erster Weihnachtsfeiertag)
Konzert
 im großen Saale des Trianon (Eingang nur Ostra-Allee)
 Einzug 5 Uhr. unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte (Cello und Klavier). Anfang 6 Uhr.
 Zur Aufführung gelangt u. a.: **Der Dreizehnte** oder **Ein Sängertag** in Pirna, komische Operette von Höpfer. — **Eintrittskarten à 30 Pf.** (an der Kasse 40 Pf.) sind zu entnehmen im Blumengeschäft des Kollegen **Frohmhold, Ostra-Allee 14**, im Biergarten des Kollegen **Schmid, Birnische Straße 19**, im **Vereinslokale, Albrechtstraße 41**, bei den **aktiven Mitgliedern**, ferner bei Herrn **Nachtigall**, beim **Kaffeehaus, Gerichtsstraße 25, III.**, und beim **Vorsitzenden G. Berger, Marienstraße 42 IV** [639]

Halle a. S. Lade b. Koll. z. Besuche m. Weihnachtsausst. ein. **Großes Lager hochf. Zigarren** und Präparaten. Nur reelle Ware. Wiederverkäufer Rabatt. **Gustav Weis, Wörmitzstraße 97, II.** [632]

Graphischer Anzeiger Halle a. S.
 Zusendung gratis franco.
 in alle Städte Neuheiten u. Farben-Wappen
 u. alle anderen Artikel u. Fachliteratur

Wild-West (D)
 Berlin.
 Sonnabend den 25. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr:
Große Weihnachtsfeier
 bei **Höle, Kreuzbergstraße 50.** [650]

Chemnitz.
 Am zweiten Weihnachtsfeiertag im Restaurant **Drei Raben, Brüdergasse:**
Frühshoppen.
 Freundlichst werden die Kollegen hierzu eingeladen.
 Der Vorstand. [648]

Kloppholz, Leipzig.
 Sonnabend den 25. Dezember (1. Feiertag):
Clubabend mit Damen
 im Vereinslokale (**Ulrichs Bierpalast**),
 wozu höflichst einladet **Der Vorstand.** [651]
 NB Freitag den 31. Dezember: **Silberfeier.**
 Zu kaufen gesucht billig: **Woffe**, Anleitung zum Drucken; **Waldow**, Die Buchdruckerkunst in ihrem Aufbau u. techn. Betriebe. Off. an die Geschäftsst. d. Bl.

Glückwunsch-Karten
 mit zweifarbig vorzüglich geprägtem Buchdruckerwappen und roten Initialen, mit Aufschrift: „Herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel!“, pro Stück einschl. Kuvert 0,15 Mk. pro Dutzend „ „ 1,75 Mk.
Graphische Verlags-Anstalt in Halle-Saale.

Am 13. Dezember starb unser Mitglied, der Setzerinvalid
Joh. Baptist Schieckl
 im Alter von 72 Jahren an Altersschwäche, und am 18. Dezember unser Mitglied, der Giesserinvalid
Karl Ebentheuer
 im Alter von 45 Jahren an der Berufskrankheit. Den beiden wackeren Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren [653]
Die Mitgliedschaft München.

München.
 Zur Komplettierung der Jahrgänge 1891 bis 1893 des **Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands** werden folgende Nummern erbeten: 1891 Nr. 1, Nr. 3 bis 25, Nr. 28 und folgende; 1892 Nr. 1 bis 6, 10, 11, 14 bis 17, 19, 20; 1893 Nr. 11, 12, 23. **Bereinsvorsitzende**, welche diese Nummern entbehren können, werden um Zusendung an **L. Boelisch**, in München, Waltherrstraße 8/o, ersucht. Kosten werden gern vergütet.